Mittwoch, 17. August 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 385 * Ausgabe B Nr. 191
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 385

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Rede Lloyd Georges.

Die Verpflichtung der alliierten Mächte, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen.

Der Ton der Rede, in der Lloyd George sich gestern im Unterhause über die oberschlesische Frage und über den Verlauf der Pariser Konferenz geäußert hat, war versöhnlich und sanft. Lloyd George betonte, daß „die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden" sei, ein Bruch die Gefahren unberechenbar vergrößern würde, und er ging so weit, zu versichern, nach dem letzten Notbeschlusse, auf den man sich in Paris einigte, stehe die Allianz „gefestigter da als je". Das alles wurde gesagt, um die Gemüter zu beruhigen, Oel auf die Wogen zu gießen und eine bessere Stimmung in Frankreich zu erzeugen, mit dem Lloyd George ja keineswegs brechen will. Es sieht nicht so aus, als ob in Frankreich der freundliche Ton den sachlichen Inhalt der Unterhausrede annehmbarer erscheinen erläßt. Lloyd George erläuterte die Gesichtspunkte, die auf der einen Seite für England, Italien und Japan, auf der anderen für Frankreich maßgebend seien. Frankreich sehe in der ganzen oberschlesischen Frage vor allem die Frage seiner Sicherheit. Frankreich fühle, solange die oberschlesischen Kohlen- und Erzlager bei Deutschland blieben, seine Sicherheit bedroht. Denn die ganze französische Presse, die Regierung des Herrn Briand und die Parlamentsredner behaupten ja immer wieder — und in Deutschland hat eine deutschnationale Kaffeeschwester, das Fräulein Schirmacher, es ihnen ausdrücklich bestätigt — Oberschlesien sei für Deutschland eine Werkstatt der Revanche, ein mächtiges Kriegsarsenal. Lloyd George wendet demgegenüber ein, das alles gehe die Alliierten gar nichts an. Für die Alliierten gebe es nur den Versailler Vertrag. Von der Notwendigkeit, aus Gründen der Sicherheit die oberschlesische Industrie von Deutschland loszureißen, stehe in den Artikeln über Oberschlesien nichts. Die Alliierten hätten die Pflicht, sich streng an die Vertragsbestimmungen zu halten, und durch diese Bestimmungen werde die Entscheidung allein vom Ergebnisse der Volksabstimmung und von der wirtschaftlichen und geographischen Lage abhängig gemacht. Das ist logisch und, sollte man meinen, einwandfrei. Herr Briand vertritt alles Mögliche, nur nicht die Vertragstreue, Lloyd George vertritt diesmal das im Vertrage verbriefte Recht. Es will uns nur scheinen, daß Lloyd George die Furcht Frankreichs vor den Gefahren, die ihm aus dem oberschlesischen „Arsenal" erstehen könnten, ein wenig überschätzt. Die französische Presse und die Politiker glauben gar nicht so sehr an diese Gefahr. Die Gefahr wird nur vorgeschoben, weil die französische Großindustrie, die mit ihrem Gelde die französischen Zeitungen füttert, wie die deutsche Schwerindustrie so viele Blätter dieses Landes, die oberschlesischen Industriewerke einstecken wünscht. Der „Temps", der „Figaro" und die ganze Gilde haben nur so viel über Bedrohung geklagt und geschrien, weil man hoffte, mit Hilfe dieses Vorwandes ein glänzendes Geschäft zustande zu bringen. Lloyd George weiß das vermutlich auch. Aber da er versöhnlich wirken will, spricht er es nicht aus.

Er bleibt aber dabei, daß nach den klaren Ergebnissen der Volksabstimmung das oberschlesische Industriegebiet zu Deutschland gehöre, und das hat er auch gestern im Unterhause wieder mit schätzenswerter Deutlichkeit gesagt. Er hat abermals erklärt, die Bevölkerung Oberschlesiens sei überwiegend deutsch", hat hervorgehoben, daß sowohl nach dem Urteil der englischen und französischen Sachverständigen die nach der Ansicht der englischen und französischen Kommission „das sehr wichtige Industriedreieck auf der Grundlage der Bevölkerung Deutschland zerteilt werden müsse," und hat die Schaffung von Inseln" vollkommen unmöglich genannt. Er hat auch nochmals von den polnischen Gewalttaten, von den Verbrechen Polens, das Gebiet durch einen Aufstand an sich zu reißen, gesprochen, und es geht aus seiner Rede deutlich hervor, daß er nur an eine polnische Aufstandsbewegung glaubt. Wie schon früher, hat er auf die Aehnlichkeit hingewiesen, die zwischen dem polnischen Terror in Oberschlesien und dem polnischen Ueberfall auf Wilna besteht. Er hat den unruhigen, turbulenten Geist des neuen polnischen Staates richtig eingeschätzt. Er dürfte sich auch über die Zukunft im Reren sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, und als Vasall des französischen Imperialismus, unrettbar zugegangen. Die Westminster Gazette" hat neulich eine ebenso wahre wie vernichtende Kritik an der französischen Staatskunst geübt, die sich auf dieses Polen stützen wolle und es andere darüber verspiele, und sie hat gesagt, Frankreich setze immer „auf das falsche Pferd". Das ist ganz richtig, die französische Staatskunst wandelt seit dem Friedensschlusse auf geradezu kindischen Irrwegen, aber sie wird getrieben und eigentlich dirigiert von jenen Großindustriellen, denen nicht das „falsche Pferd", sondern der mit Gold beladene Maulesel vor Augen steht.

Die wichtigste Stelle in der Rede Lloyd Georges ist diejenige, wo er sagt, Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien müßten sich verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen, „bevor irgendetwas unternommen wird." Das aber will man anscheinend nicht in Frankreich, zum wenigstens nicht jene Interessentenpresse, die Herrn Briand ihre Weisungen diktiert. Der „Temps" hat bereits in vielen Spitzfindigkeiten auseinandergesetzt, die Annahme des Mehrheitsbeschlusses sei für Frankreich eine Unmöglichkeit. Von den acht Mitgliedern des Völkerbundsrates könnte also eine überwiegende Mehrheit, könnten alle neun den französischen Vertreter, für die englisch-italienische Reise stimmen — Frankreich bliebe bei seinem Nein. Dadurch wäre natürlich das ganze Schiedsgericht im voraus zu einer lächerlich unfruchtbaren Institution gemacht. Wie soll eine Einstimmigkeit zustande kommen, da Frankreich, das dem Schiedsgericht angehört, sie zu verhindern gedenkt? Hier liegt, auch für Lloyd George, die neue Schwierigkeit. Die Situation — und die herauskommende Situation der nächsten Tage — kann am besten begriffen werden, wenn man jenen Satz Lloyd Georges und die Obstruktionstaktik der französischen Presse nebeneinander stellt.

*

In Vertretung der Berliner Botschafter der alliierten Mächte, die zurzeit alle von Berlin abwesend sind, haben, wie wir hören, heute vormittag die **Geschäftsträger der Alliierten** im Auswärtigen Amt vorgesprochen, um an die deutsche Regierung das angekündigte Ersuchen zu richten, sie möchte alle diejenigen Maßnahmen treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien dienlich sind. Von dem Ersuchen wurde Kenntnis genommen.

Lloyd George für Herabsetzung der Kontrollasten.

Der Schluß von Lloyd Georges Rede.

Für Abbau der Sanktionen und der Militärkontrolle. — Gleiche Behandlung der deutschen und der polnischen Vertreter vor dem Völkerbundsrat.

(Telegramm.)

London, 16. August. (W. T. B.)

Zu seiner Rede im Unterhause erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der oberschlesischen Frage auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt seien, schwierig gewesen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze ungerecht sein würde und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Bezüglich der militärischen Sanktionen seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien, insbesondere bezüglich der Entwaffnung. Die Franzosen schlugen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben sollten. Diese Frage werde dem militärischen Ausschuß, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überwiesen, und es bestehe die Absicht, die Frage bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. **Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit zu einer allmählichen Herabsetzung der Deutschland durch die Kontrolle auferlegten Lasten gekommen sei;** die Ausgaben dafür verschlängen Schätze. Die Alliierten hätten genau soviel Interesse daran, wie die Deutschen selbst. Die Alliierten hätten sogar vom Standpunkt der Reparation gesehen ein unmittelbares Interesse daran. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besetzung und für die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sein konnte. Es bestände kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schafften. Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege darnieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Besetzung und die Kontrollkommissionen immer lästiger werden. Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich soweit wie möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten der Besatzungsheere eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen werde.

Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne er die Nervosität des französischen Volkes verstehen. Die Ereignisse seien noch in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Besorgnis in dem Gedanken zu empfinden, was die Folgen sein würden, wenn Deutschland seinen Angriff erneuerte. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab: 1. von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen, und kein Geschoß auf diese Schiffe gestellt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht vergleichbar sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland selbst zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anfangserfolg schließlich den Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Ueber die kleinasiatische Frage sagte Lloyd George, daß man im Augenblick nichts Besseres tun könne, als die Kriegführenden allein zu lassen. Wenn sie sich gegenseitig erschöpft hätten, würde es wahrscheinlich leichter sein, mit ihnen zu verhandeln. Persönlich glaubt Lloyd George, daß es nötig sein werde, den Vertrag von Sèvres abzuändern. Er hoffe, daß die griechische Regierung nicht den Irrtum der bulgarischen begehen werde, indem sie unannehmbare Forderungen vorbringe.

Zum Schluß sagte Lloyd George noch, daß die Abrüstungskonferenz nur Wert hätte, wenn alle Nationen künftig auf der Hut sind, damit nicht Habsucht und Begierde wieder eine solche Katastrophe wie 1914 herbeiführten.

Ueber die russische Notlage erklärte Lloyd George, daß niemand auf der Pariser Konferenz — ob er für oder gegen die Bolschewisten sei — das politische Element hineinbringen und die Hungersnot zu politischen Zwecken ausnutzen sollte. Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regierung von Moskau in den Hungersgebieten unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das Hilfswerk organisieren, müßten selbst die Aufsicht darüber haben, und das Hilfswerk könne nur Erfolg haben, wenn in dem dem nicht heimgesuchten Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Diese Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Rußland gemachten Lieferungen anerkenne. In Frankreich seien Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Pfennig hergegeben hätten, um Rußland in früheren Jahren zu helfen. In England befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland gesandt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wolle, das die Handelswelt dazu bewegen könnte, im jetzigen Augenblick einzugreifen, dann müsse sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George sagte weiter, die russische Hungersnot sei die furchtbarste Heimsuchung seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe. Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß die Nachrichten, die die Regierung eben erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinweisen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, das besage, daß 35 Millionen Menschen hilfsbedürftig seien. Die Bewohner der von der Hungersnot heimgesuchten Gebiete wandern, da sie einsehen, daß keine Möglichkeit besteht, daß die Hilfe sie rechtzeitig erreicht, um sich vor der Hungersnot zu bewahren, in großen Massen nach verschiedenen Richtungen. Sie seien dem Tode geweiht. Dreißig von Hundert davon seien Kinder. Zahlreiche Kinder werden von den Eltern ihrem Schicksal überlassen.

Der Widerhall in London und Paris.

Heftige französische Angriffe gegen Lloyd George.

London, 16. August. (W. T. B.)

Die Presse stimmt den gestrigen Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause zu. „Daily Chronicle" schreibt, die Entente werde weiter bestehen, da sie nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern auch für den Weltfrieden notwendig sei. Die „Times" heben den außerordentlich ernsten Ton und den starken Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu sichern. Es sei jetzt klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gestärkt hervorgegangen sei. (!) Das Blatt erklärt, die Wahl eines etwaigen Schiedsrichters für die oberschlesische Frage erfordere peinliche Erwägungen; dessen Nationalität und dessen Stellung würden wichtige Faktoren für die Autorität der Entscheidung bilden. „Daily News" meinen, die Rede des Premierministers sei eine Darlegung der auseinandergehenden Interessen Großbritanniens und Frankreichs.

Paris, 17. August. (E. E.)

Einige Pariser Morgenblätter nehmen Stellung zu Lloyd Georges gestriger Unterhausrede und greifen den englischen Ministerpräsidenten in heftigster Weise an. Pertinax erklärt im „Echo de Paris", Lloyd George wünsche unbedingt, Frankreich möge glauben, daß er sich aus historischen und wirtschaftlichen Gründen in der oberschlesischen Angelegenheit für Deutschland einsetze. Diese Gründe seien aber nicht stichhaltig; denn die historischen Gründe sprächen gegen Lloyd George (?!), und selbst seine Quelle, das englische Konversationslexikon, erkläre, daß östlich der Oder Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Lloyd George setze sich deshalb für Deutschland ein, weil er das strittige Gebiet zu seinem eigenen Oberschlesien, nämlich Irland, in Beziehung bringe (!). Aber dieser Parallelismus sei ihm erst vor einigen Tagen in den Sinn gekommen. Wenn er also Oberschlesien Deutschland zuweisen wolle, so geschehe das nur Irlands wegen. Mit seinen geschichtlichen Kenntnissen möge er Frankreich verschonen, denn er sei nicht unparteiisch. Schon am 7. März habe er vor dem Obersten Rat erklärt, man müsse zwischen Oberschlesien und den Reparationen wählen. Dann sei man von einer objektiven Auslegung der Volksabstimmung vom 20. März sehr weit entfernt. Wenn Lloyd George Frankreich vorwerfe, es bekümmere sich nur um seine Sicherheit, so werde Frankreich auch das Recht dazu haben. Denn die Argumente, die Lloyd George vorbringe, die Befürchtungen Frankreichs zu zerstreuen, seien nicht dazu angetan, zu beruhigen. Die Abrüstung Deutschlands sei nur eine vorübergehende Garantie, deren Dauer General Nollet auf nur fünf Jahre schätze (!). Um Frankreichs Ruhe zu garantieren, gäbe es nur ein Mittel, nämlich, daran zu denken, daß Frankreich Macht besitze, die es niemals gebrauchen wolle (!), der es sich aber gelegentlich bedienen wolle. Pertinax greift sodann heftig Briand an und erklärt, weil Briand eine Politik der Allianzen betreiben wollte, sei man zu Zuständen gelangt, die das Schicksal aller Allianzen seien. Man müsse sich fragen, ob Briand in Washington die kompromittierte Partie wieder auszugleichen imstande sein werde. Pertinax bezweifelt dies. Er erklärt, man könne das Spiel nur gewinnen, wenn man in Frankreich wieder die Politik zur Geltung bringe, die man bisher verfolgt habe.

Mit ungewöhnlicher Heftigkeit wendet sich das „Journal" gegen Lloyd George; es erklärt, daß Lloyd George seine Denkart immer noch nicht geändert habe. Wiederum habe man seine sonderbaren historischen Theorien hören müssen. Er begreife zwar Frankreichs Unruhe, doch kümmere es ihn nicht, ob Deutschland aus dem

oberschlesischen Industriegebiet eine Kriegsfabrik mache (!). In dieser Hinsicht habe er im Versailler Vertrag nichts gelesen. Lloyd George behauptet, Deutschland könne heimlich seine Waffen herstellen, übersieht aber ganz, daß das außerordentliche Genie der Verheimlichung der germanischen Rasse eigentümlich sei (!). Wenn Lloyd George für Deutschland nur Sympathien und Mitleid habe, dann müsse man auch von Briand fordern, daß er binnen kurzem Gelegenheit finde, einige der Erklärung seines englischen Kollegen sicherzustellen..

Die Völkerbundsberatung in Paris?

Die Gefahr eines neuen Polenaufstandes.

Paris, 17. August. (E. C.)

Der „Chicago Tribune" und dem „Petit Journal" zufolge, steht es noch nicht fest, wann sich der Rat des Völkerbundes wird versammeln können. Auch die Frage, auf welchen Sitzungen die Beratungen über Oberschlesien stattfinden werden, ist noch nicht geklärt, doch nimmt man an, daß dies in Paris sein wird, weil hier, wie das „Petit Journal" erklärt, die nötigen Dokumente (!) über die oberschlesische Frage vorliegen. In diesem Fall würde, laut „Chicago Tribune", im kleinen Luxembourg-Palais getagt werden.

Die „Humanité" bemerkt zu der polnischen Note, worin gegen die Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund protestiert wird, weder Pilsudski noch Witos, noch der neue polnische Außenminister Skirmunt wollten die vom Obersten Rat beschlossene Lösung der oberschlesischen Frage anerkennen. Sie erheben die **versteckte Drohung, daß Korfanty einen neuen Aufruhr entfesseln werde.** Dieser polnische Aufruhr würde zweifellos eine Gegenaktion der Orgesch zur Folge haben. Demnach sei das einzige Ergebnis, das man durch die Berufung an den Völkerbund erzielt habe, eine Wiederanfachung der Leidenschaften, die bereits eingeschlafen waren. Die „Humanité" erklärt, der „Temps" habe in seinem gestrigen Artikel bewiesen, daß er es vorziehen würde, wenn ein allgemeiner Krieg ausbreche, der Polen endgültig die von ihm gewünschte Lösung der oberschlesischen Frage finden lasse. Der Standpunkt des „Temps", der Beschluß des Völkerbundsrates müsse einstimmig gefaßt werden, sei unrichtig. Es sei ganz klar, daß der Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat eine Sonderhaltung einnehmen werde. Man müsse fragen, ob Frankreich, um den polnischen Imperialisten zu gefallen, mit der ganzen Welt in Kampf treten wolle.

Die Auflehnung Fünfkirchens gegen Horthy.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien,** 18. August.

Das Komitat Baranya, das nach der Ratifizierung des Vertrages von Trianon nunmehr von Jugoslawien an Ungarn zurückgegeben werden sollte, ist, wie gemeldet, Sonntag als selbständige Republik ausgerufen worden. Deutsche, ungarische und serbische Arbeiter, aber auch ein großer Teil der Bürgerschaft, die von dem Einzug der Truppen Horthys das Aergste befürchteten, haben in Fünfkirchen eine Versammlung abgehalten, die ein Direktorium, mit Dobrovic, dem Deutschen Schwarz und dem Ungarn Magharovich an der Spitze, gewählt hat. Nach Belgrad wurde eine Abordnung gesandt, die der jugoslawischen Regierung die Ausrufung der Republik bekannt gab, auch der Ententemission unter dem englischen Oberst Gosset wurde der Beschluß bekanntgegeben. Deutsche, Magyaren und Slowenen erklärten darin einmütig zu sein, die Freiheit des Baranyaer Gebietes gegen die weiße Herrschaft Horthys mit den Waffen zu verteidigen. Die Proklamierung der freien Republik Baranya ist deshalb bedeutungsvoll, weil von dort aus die erste aktive Bewegung gegen das Regime Horthys ausgeht. Alle im Exil lebenden Führer des demokratischen und liberalen Ungarns, mit Karolyi und dem Führer der demokratischen Landespartei, Oskar Jaszi, an der Spitze, sind nach Fünfkirchen berufen worden.

* In Berlin hat sich ein **russisches Hilfskomitee** gebildet, das alle Schichten und politischen Richtungen der russischen Emigration in sich vereinigt. Seine einzige Aufgabe besteht in der Hilfe für „die hungernden, sterbenden und kranken Brüder in der Heimat". Die Spenden werden angenommen von 1. Dr. Joseph Hessen, Kochstraße 22; 2. Dr. Kadisch, Schlüterstraße 29; 3. Ladyschnikow-Verlag, Rankestraße 33 und 4. in den Redaktionen der russischen Berliner Blätter „Golos Rossii" und „Rul", Markgrafenstraße 73.

Der Aufschwung der Alpentouristik.

47. Hauptversammlung des deutschen und österreichischen Alpenvereins. — Absage an den „alpinen Antisemitismus".

(Von unserem Korrespondenten.)

D. Augsburg, 15. August.

Gestern wurde die 47. Hauptversammlung des deutschen und österreichischen Alpenvereins im Ludwigsbau durch einen Begrüßungsabend eröffnet. Der erste Vorsitzende der Sektion Augsburg, Generalleutnant z. D. v. Hößlin, gab seiner Freude Ausdruck, daß der Alpenverein in der alten Reichsstadt Augsburg tage, deren Alpenvereinssektion so viel für die alpine Sache geleistet hat. Der Vorsitzende des Hauptausschusses des Alpenvereins, Staatsminister v. Sydow, dankte für die herzliche Aufnahme.

Die eigentlichen Beratungen fanden den ganzen Montag über im Goldenen Saal des Rathauses statt; sie wurden von Minister v. Sydow geleitet. Vorher hatte Bürgermeister Deutschenbaur den Willkomm der Stadt Augsburg entboten. Der Aufruf ergab, daß 236 Sektionen mit 1192 Stimmen vertreten waren (im vergangenen Jahre in Salzburg nur 157 Sektionen mit 700 Stimmen. Nach dem Jahresbericht ist München von 1921 bis 1925 Vereinssitz. Die Zeit des bisherigen Wirkens der neuen Vereinsleitung stand im Zeichen eines ungewöhnlichen Mitgliederzuwachses. Heute ist die Ziffer 130 000 erreicht, das sind rund 57 000 Mitglieder mehr als der Verein im Jahre 1918 gezählt hatte. Auch eine Anzahl neuer Sektionen ist zugewachsen, u. a. drei bayerische, Hochgeiß in Leipzig und die viel angefeindete jüdische Sektion Donauland in Wien. Dagegen haben die Sektionen, die im Trentino waren, aus dem Alpenverein ausscheiden müssen. Die italienische Militärverwaltung hat die dortigen Mittel beschlagnahmt und sie dem italienischen Alpenklub übergeben. Die Schäden in den verbliebenen Arbeitsgebieten in Hütten und Wegen sind unübersehbar und erst zum Teil behoben. 52 000 Mark wurden Beihilfen 1921 gewährt. Weitere Zuschüsse im Betrage von 240 000 Mark für 1922 folgen. Die Vereinsschriften bereiten dem Alpenverein große Sorge wegen der bekannten technischen und finanziellen Schwierigkeiten. Die Mitteilungen haben heute eine Auflage von 140 000. Kartographisch beschäftigt sich der Verein zurzeit mit der Aufnahme des zentralen Teiles der niederen Tauern. Zur Förderung der Wissenschaft der Alpen wurden auch heuer darauf bezügliche Arbeiten mit rund 9000 Mark unterstützt. Im Führerwesen beginnen wieder geordnetere Zustände einzutreten. Allerdings bewegen sich diese Tarife in fünfzigfacher Erhöhung der der Vorkriegszeit und werden wohl für die große Mehrzahl der Touristen unerschwinglich sein. Auch im alpinen Rettungswesen besserte sich die Verhältnisse. Eine umfangreiche Tätigkeit entwickelte der Verwaltungsausschuß auf dem Gebiete des Verkehrswesens in dem Bestreben, den Mitgliedern die Fahrt in die Alpen und das Reisen im Gebirge selbst geldlich zu erleichtern. Er hat hierin größere Erfolge erzielt. Auch der Förderung der Wintertouristik hat der Verein sein Augenmerk zugewendet. Das alpine Jugendwandern ist in stetem Aufschwung begriffen. Es haben sich bereits 38 Sektionen Jugendgruppen mit einem Gesamtmitgliederbestand von 2467 Jugendlichen angegliedert, bei 22 weiteren ist die Gründung in Aussicht genommen. Eine Reihe von Jugendherbergen wurde im Gebirge errichtet. Als eine der wichtigsten Aufgaben erachtete es der Verwaltungsausschuß die Finanzkraft des Vereins zu heben. Der große Mitgliederzuwachs ist zwar ein ideeller, gegenwärtig aber kein finanzieller Gewinn für den Verein, da für jedes Mitglied, besonders für die österreichischen (Valuta!) sozusagen aus den Vereinsreserven zugezahlt werden muß. Der Gesamtverein und die Sektionen haben den Verlust einer Reihe verdienter Bergsteiger durch den Tod zu beklagen, aber neue, junge Kräfte treten hervor. Auf allen Seiten ist ein kolossaler Aufschwung der Bergsteigerei sowohl im Sommer wie im Winter zu beobachten. Man kann die gute Hoffnung haben, daß der Verein, dessen einziger Zweck ist, die Liebe zu den Alpen im deutschen Volk zu heben und zu erhalten und seine alpine Betätigung zu fördern, einer neuen Blüte entgegengeht.

Eine lebhafte Debatte entspann sich über einen Antrag sämtlicher österreichischer Sektionen, welcher den Hauptausschuß für die Nichtbeachtung der von rund 30 Sektionen erhobenen Einsprache gegen die Aufnahme einer fast vollständig aus Juden bestehenden Sektion und wegen vollzogener Aufnahme dieser **Sektion „Donauland"** in den deutschen und österreichischen Alpenverein die schärfste Mißbilligung ausgedrückt haben wollte und sogar die Mitglieder des Hauptausschusses aufforderte, ihre Stellung niederzulegen. Da dieser Antrag als sogenannte „Judenfrage" zu einer schweren Krise bzw. Erschütterung im Verein hätte führen können, wurden schon am Tag vorher über die Angelegenheit Vorbesprechungen gepflogen, die aber ergebnislos verliefen. Die Oesterreicher stellten sich auf den deutsch-völkischen Standpunkt und wollten den Beweis dafür antreten, daß sich die jüdische Sektion Donauland gegen die „alpinen Gesetze" gröblich vergangen habe, was letztere bestritt. Sie beharrten auf ihrem Standpunkt und erreichten, daß auch ein Kompromißvorschlag abgelehnt wurde. Der Hauptausschuß, der eine kleine Mehrheit von Sektionen hinter sich hatte, stellte sich auf den Standpunkt, daß der deutsch-österreichische Alpenverein sich in keiner Weise politisch einstellen dürfe, daß kein Grund bestehe, national und rechtlich gesinnte Juden aus dem Verein auszuschließen bzw. ihrer Aufnahme sich entgegenzustellen, wie sich auch schon eine stattliche Anzahl jüdischer Mitglieder um die alpine Sache sehr verdient gemacht hätte. Gegen Auswüchse des Judentums, insbesondere gegen das eindringende Ostjudentum, wie aber auch gegen christliche Schieber usw. müsse dagegen energisch Front gemacht werden. Dieser Stellungnahme glichen sich schließlich in letzter Stunde die österreichischen Sektionen an und **zogen infolgedessen ihren Antrag zurück.** Dadurch wurde glücklicherweise eine schwere Erschütterung im Gefüge des Alpenvereins vermieden.

Gemäß den Zeitverhältnissen wurde der Mitgliederbeitrag von 10 auf 20 Markerhöht, und für die österreichischen Mitglieder 1 Mark = 8 Kronen festgesetzt. Der Zeitschriftenbeitrag für 1922 für Mitglieder beträgt 8 Mark. Der Verwaltungsausschuß wurde ermächtigt, für alle Mitglieder des Vereins einen obligatorischen Versicherungsvertrag mit einem Prämienzusatz von einer Mark einzugehen, der bei Unfall 2500 Mark für den Todesfall, 25 000 Mark für Invalidität, 500 Mark Bergungsgeld und 25 Mark Unterstützungsgeld vom fünften Tage an gewährt. Der Voranschlag für das Jahr 1922 bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 2 807 000 Mark. Der ursprüngliche Voranschlag wurde infolge der Teuerungsverhältnisse um rund 1,2 Millionen Mark überschritten. Für Wiederherstellung und Wiedereinstandsetzung von Hütten und Wegen, sowie Erbauung einiger neuer Hütten und Wege waren beantragt rund 227 000 Mark. Die Hüttenbauten der Sektionen Oberland am Spielsitjoch, Garmisch-Partenkirchen (Oberreintal), Wolfratshausen (Grubigstein), Mindelheim (Schafalpengruppe) und Bergland (Ammergebirge) waren sehr umstritten, wurden aber schließlich genehmigt.

Ein Antrag der Sektion Allgäu-Kempten, wodurch der Hauptausschuß ersucht wird, die nötigen Schritte zu tun, den Mitgliedern die Ueberschreitung der österreichischen Grenze mit Rad ohne Zollhinterlegung zu ermöglichen, soll bei der gegeigten Schwerfälligkeit der österreichischen Behörden dadurch zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden, daß beim österreichischen Bundesministerium zweckentsprechend interpelliert wird. Ein zweiter Antrag der Sektion Allgäu-Kempten verlangt vom Hauptausschuß Mittel zur Verfügung zu stellen, um in stark besuchten Talorten billige Uebernachtungsgelegenheit zu schaffen. Diesem Verlangen steht der Hauptausschuß sympatisch gegenüber. In diesem Jahre sollen bereits Versuche gemacht werden, die im nächsten Jahre weiter ausgebaut werden, eventuell durch Pachtung von Talwirtschaften oder durch Zuschüsse.

Ein Antrag der Sektion Mark Brandenburg, die Hauptversammlung möge beschließen, zur Erinnerung an die gefallenen Mitglieder des deutschen und österreichischen Alpenvereins ein Denkmal heroischen Charakters zu errichten, das Großglocknergebiet hierfür zu wählen und 15 000 Mark für anfallende Kosten zu bewilligen, wurde abgelehnt. Dabei sprach mit, daß ein würdiges Heldendenkmal mindestens 150 000 Mark kosten würde, der Berg ein nicht im entferntesten diese Summe aufbringen könnte und außerdem einzelne Sektionen schon daran gegangen sind, von sich aus ihren gefallenen Mitgliedern Denkmale zu setzen.

Polnischer Ueberfall auf deutsche Grenzdörfer.

Rosenberg, 16. August. (W. T. B.)

In der Nacht zum Montag kam es bei den Dörfern Sternalitz und Kosteritz an der Grenze zu einem Gefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelang, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu nehmen. Rasch herbeigeeilten deutschen Kräften gelang es, nach heftigen Kämpfen, bei denen auch Handgranaten verwendet wurden, die Polen über die Grenze zu treiben.

Beuthen, 16. August. (W. T. B.)

Auf Grund verschiedener Vorfälle waren Anzeichen vorhanden, daß ein örtliches Losschlagen polnischer ehemaliger Insurgenten für die Nacht zum Mittwoch stattfinden sollte. Die Engländer haben aus diesem Grunde besondere Vorkehrungen getroffen.

Nach Dunkelwerden.

Von [Nachdruck verboten.]

Friedrich Griese.

Es sind alle Dinge so voll Mühe, daß es niemand ausreden kann.
(Bibel.)

Anna ist das Stubenmädchen auf dem Hof. Ihr Vater gehört zum Gut. Er ist zu keiner ordentlichen Arbeit zu gebrauchen. Als damals das große Feuer in Linsow war, das alle Scheunen und fast alle Ställe vernichtete, ist er vom Kornboden auf die harte Diele gefallen, hat dabei die linke Hüfte gebrochen und vor Schreck die Sprache verloren. Der linke Arm ist gelähmt. Er sitzt jetzt des Nachts in der Leutestube und muß alle zwei Stunden die Ställe durchgehen und nach dem Vieh sehen. In der Zwischenzeit flickt er Körbe oder macht neue, er schnitzt Handstöcke, dreht Peitschenschnüre, macht Holzpantoffel und flickt Schuhe und Stiefeln. Wenn er erregt wird, läuft sein Gesicht blau an. Durch Reden kann er seinem Zorn keine Luft schaffen. Es dringen dann zornige, bullernde Laute über seine Lippen, und er ist schrecklich in seiner Not, nicht sprechen zu können. Er wird sehr schnell erregt, ist schwer zu besänftigen und greift sofort nach einem Stock, nach einem Stein oder nach irgendetwas Handlichem, das gerade in seiner Nähe ist. Es ist auf jeden Fall besser, ihm dann soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen.

Es ist eben noch dem ersten Dunkelwerden; der Juli geht zu Ende. Anna, das Stubenmädchen, schläft bei ihren Eltern im ersten Katen linker Hand neben der Kirche. Sie geht, wenn sie die Arbeit fertig hat und der Wirtschafter, bei dem sie jetzt jeden Abend heimlich, ohne daß einer es wissen soll, gewesen ist, zu Bett gehen will. Der Wirtschafter ist unverheiratet und nicht besser als alle unverheirateten Wirtschafter auf den mecklenburgischen Gütern. Die Mutter und die kleinen Geschwister schlafen schon, wenn Anna nach Hause kommt; es ist meistens schon sehr spät. Der Vater ist auf dem Hofe.

Anna steht vor der Tür des Wirtschaftshauses. Sie sieht eine Viertelstunde dem Pfau zu, der jeden Abend die Pappel neben dem Wirtschaftshause halb erfliegt, halb Zweig um Zweig erfleigt. Die Uhr auf dem Reitstall schlägt langsam zehn helle, laute Schläge.

Das Küchenmädchen geht quer über den Hof. Als sie Anna sieht, will sie sterben vor Lachen. Erna, die Geflügeldirn, bekommt vor der Herrschaftsküche ein paar Ohrfeigen von der Mamsell, weil sie die hartgekochten Eier, die sie den jungen Puten geben soll, selbst gegessen hat. Sie heult und schimpft; aber getan hat sie es. Zwei Knechte kommen. Anna will nichts mit ihnen zu tun haben und geht in den Park. Sie steht am See und sieht den Schwänen zu. Aber sie hat keine Ruhe.

In der Küche lacht die Wirtschafterin. Der Diener bringt den Herrschaften den Tee wie an jedem Abend. Anna geht in dem Gang zwischen Küche und Leutestube ein paarmal auf und ab. In die Küche selbst mag sie nicht; die anderen Mädchen machen sich lustig über sie. Sie sollte eigentlich um elf beim Wirtschafter drüben sein, aber der hat Besuch.

Am Ende des Ganges steht der Gärtner. Als sie an ihm vorbeigeht, tritt er schnell auf die Seite und zieht den Hut: „Guten Abend der gnädigen Frau Inspektor." Anna rümpft die Nase und spuckt aus vor ihm.

Allmählich wird es still und leer in den Wirtschaftsräumen unten im Schloß.

Der Diener ist noch oben bei den Herrschaften oder wohl schon vorn aus der Tür über den breiten Platz vor dem Schloß in sein Zimmer gegangen. Die Wirtschafterin hat die Küchentür abgeschlossen und ist mit dem Kochlehrling in ihre Stube gegangen. Die Leutestube ist bis auf Annas Vater leer. Die Knechte, die dort abends ihre Pellkartoffeln und Milchsuppe essen, sind in ihren Kammern im Pferdestall. Die Dienstmädchen haben die Küche mit der Wirtschafterin verlassen. Anna steht noch einige Minuten in der Tür, die auf den Hof führt. Sie sieht nach dem Mond, ohne an irgend etwas zu denken.

Ihr ist, als ob sie fröre. Sie geht noch einmal in das Zimmer, in dem ein paar Kleider, ihre Schürzen und sonst noch einige Sachen hängen oder liegen, die sie bei der Arbeit braucht. Sie holt sich ein Tuch, schlägt es um Kopf und Schultern und kommt die Treppe wieder herab. Sie hat das Tuch vorn mit der einen Hand zusammengefaßt, daß nur Nase, Mund und Augen frei sind.

Als sie an der Leutestube vorbeigeht, nein, huscht — denn sie möchte nicht von ihrem Vater gesehen werden —, öffnet der Krüppel die Tür; es ist fast, als ob er gelauscht hat. Aber auch dann hätte er sie kaum gehört. Anna weiß nicht, wie ihr der Gedanke kommt: „Er muß es gefühlt haben."

Der Krüppel winkt. Anna tritt in die Leutestube. Ihr Vater schließt die Tür, die sie hinter sich offen gelassen hat. Er stößt einen Laut aus und deutet auf die Bank, die vor dem langen Tisch steht, an dem die Knechte sonst essen.

Ihr Vater bessert alte Stiefel aus. Er sitzt still und arbeitet. Anna sieht ihm zu. Sie nimmt ein Stück Leder, einen Leisten und klopft damit auf den Tisch. Sie versucht, ihren Vater anzulächeln und wippt mit den Zehen, als ob sie lustig wäre.

Sie sieht, ihr Vater ist inwendig in Not. Er deutet auf ihre Augen und stößt einen fragenden Laut aus. Sie versteht ihn.

„Ich habe geweint. Die Mamsell schimpft mich, und die Mädchen lachen über mich. Ich habe ihnen nichts getan; sie ärgern sich bloß alle, daß sie mehr arbeiten müssen als ich. Morgen sage ich's der Gnädigen; die wird schon dafür sorgen, daß es anders wird."

Ihr Vater steht auf und langt sich aus der Ecke den Stock, auf den er sich nachts stützt, wenn er die Ställe abgeht. Er tritt dicht vor sie hin, deutet nach draußen, auf seinen Mund und dann auf sie; ein quäkender Laut kommt über seine Lippen.

Sogleich weiß sie, was er will. Sie sieht in seine Augen; wie eine Schlinge fällt es ihr von da um den Hals.

Er weiß es? Er weiß, wie es um sie steht? Er weiß, daß sie jeden Abend spät erst nach Hause kommt? Er weiß es, weiß es von denen da draußen und will jetzt Antwort. Sie sieht es an seinen Augen.

Im selben Augenblick schreit sie auf. Es ist kein Weinen. Es ist das Heulen der Angst, der Scham, des Grauens vor den Augen des Vaters; das Heulen des Hundes, der wegen einer Dieberei gestraft werden soll. Worte wollen über ihre Lippen.

Aber da schlägt der Krüppel zu. Der erste Schlag fährt über den Kopf. Die Hand läßt das Tuch los. Der zweite Schlag trifft die Schultern. Sie sinkt in die Knie und hält die Hände jammernd über den Kopf.

Der nächste Schlag trifft klatschend Kopf und Hände. Sie fällt rücklings gegen die Tür. Blindlings schlägt der Krüppel über Brust und Hüften; er stößt sie mit den Füßen und läßt dann den Stock los, um sie mit der gesunden Rechten hochzureißen.

Da springt sie, schreiend vor Schmerzen und Entsetzen, auf, läuft gegen die Tür, schlägt die Klinke herab und läuft den Gang hinab. Als sie die Tür, die nach außen führt, aufstößt, ist der Krüppel so dicht hinter ihr, daß er sie fast ergreifen kann.

Draußen scheint der Mond. Sie läuft im Schatten des Wirtschaftshauses über den Hof. Der Krüppel folgt ihr.

Das Tor, das vom Hof auf die Dorfstraße führt, ist noch nicht geschlossen. Sie schlägt mit dem Kopf gegen eine eiserne Stange. Wimmernd und mit den Händen den Kopf haltend, läuft sie an der Scheune, am dahinterliegenden Kleeschlag entlang, windet sich unter einem Schlagbaum hindurch, der den Weg absperrt und läuft den Weg hinab ins Moor hinein. Hinter sich auf dem abgedämmten Wege hört sie das unregelmäßige, wütende Getrapp des Krüppels.

Ein Grauen hat sie gefaßt, das sie vorwärts treibt. Sie schreit fast ohne Aufhören; es ist ein Keuchen, ein quiekendes Bellen, das sie in kurzen Zwischenräumen über ihre Lippen stößt. Sie läuft mit ganz langen Schritten, wie sie noch nie gelaufen hat.

Sie springt über einen Graben. Einen Schuh hat sie schon verloren. Das Tuch bleibt an einem Dornenstrauch hängen. Sie kriecht durch Gebüsch. Die Zweige reißen ihr das Haar auf. Blut läuft in feinen Fäden über die Wangen, den Hals hinab. Hinter ihr stößt wie ein wütender Stier der Krüppel in das Gebüsch.

Sie läuft an einem Feldrain entlang auf ein Gehölz zu. Im Schatten der Bäume verschwindet sie. Das Dunkel hat sich, barmherziger als ihr Verfolger, um sie gelegt. Aber sie läuft und läuft noch. Nur schreit sie nicht mehr. Die Kehle ist wie mit spitzen Nägeln aufgerissen.

Wie die Verwaltung demokratisiert wird

Aus der Praxis des Oberpräsidenten Noske.

Aus dem Regierungsbezirk Lüneburg wird uns geschrieben: Unter dem Ministerium Severing wurde der Regierungsassessor v. Windheim als kommissarischer Landrat nach Winsen an der Luhe geschickt. Bei der Wahl erhielt Herr v. Windheim im Kreistage von zwanzig Stimmen nur die neun Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Zehn Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschhannoveraner und der Beamten entfielen auf den demokratischen Amtsgerichtsrat Dr. Bleckmann in Winsen an der Luhe. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der krankheitshalber an der Sitzung des Kreistages nicht teilnehmen konnte, hat nachträglich schriftlich erklärt, daß er auch Herrn Dr. Bleckmann gewählt haben würde. Demokraten sitzen im Kreistage in Winsen nicht. Die anderen Parteien haben den Demokraten Dr. Bleckmann gewählt, weil er sich in seiner langjährigen Tätigkeit in Winsen die allgemeine Achtung der Bevölkerung, namentlich aber der kleineren Leute, erworben hat. Nach der Wahl setzte sofort eine starke Agitation der Parteien der Rechten für Herrn v. Windheim ein, der sich der Protektion des Regierungspräsidenten in Lüneburg erfreute. Besonders war es aber der Oberpräsident Noske, der für die Bestätigung des unterlegenen Kandidaten der Rechten, des Herrn v. Windheim, eintrat. Er glaubte offenbar, einen Landrat nicht ertragen zu können, der nicht ausgesprochener Großpreuße ist, und der die Stimmen der Deutschhannoveraner erhalten hat, wenn er auch niemals Welfe gewesen ist, vielmehr sich offen zur Deutschen demokratischen Partei seit langem bekennt. Leider ist der Minister Dominicus den Ratschlägen Noskes gefolgt und hat Herrn v. Windheim bestätigt.

Herr Noske glaubt sicherlich, Preußen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Er irrt allerdings, wenn er glaubt, so die deutschhannoversche Bewegung schwächen zu können. Die Quittung folgt in der deutschhannoverschen Presse in folgendem Satz: „Man sieht, was die preußische Regierung, die sich heute demokratisch nennt, von dem Vorschlagsrecht des Kreises hält, wenn es nicht zugunsten des von ihr präsentierten Kandidaten ausgeübt wird.“ Eine solche Politik ist in der Tat eher geeignet, die Ablösungsbestrebungen in Hannover zu fördern.

Obstruktion im Danziger Parlament.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Danzig, 17. August.

Das Danziger Parlament beschäftigte sich gestern mit dem Antrage der Mehrheitssozialisten, dem Danziger Senat das Mißtrauen auszusprechen. Die bürgerlichen Parteien blieben den Verhandlungen fern und führten so die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei.

Danzig, 16. August. (W. T. B.)

Da bei den Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über Eigentum und Verwaltung der Eisenbahnlinien im Gebiete der Freien Stadt Danzig, sowie im Hafenausschuß zwischen den Danziger und polnischen Mitgliedern über die Auslegung des Begriffs Hafenbahn keine Einigung erzielt werden konnte, hat der Oberkommissar des Völkerbundes, Haking, entschieden, daß die Vollbahnen außer den Hafenlinien an Polen überwiesen werden und die Verwaltung in polnische Hände übergeht. Die Eisenbahnen und Straßenbahnen, die in erster Linie dem Bedürfnis der Freien Stadt Danzig dienen sowie die vorhandene Schmalspurbahn und Straßenbahn im Gebiete der Freien Stadt mit den dazu gehörigen Grundstücken einschließlich der Eisenbahndirektion gehören Polen auf Grund von Artikel 25 der Konvention. Eigentum, Verwaltung usw. der bestehenden Eisenbahnen, die besonders dem Hafen dienen, gehören dem Hafenausschuß. In der Entscheidung des Oberkommissars heißt es dann unter anderem: „Die polnische Regierung wird sich verpflichten, den Hafen von Danzig voll auszunutzen, welch andere Häfen auch in Zukunft an der Ostsee eröffnet werden mögen. Die Danziger Regierung wird sich verpflichten, die Interessen Polens bezüglich des freien Zugangs zum Meere zu allen Zeiten sicherzustellen, des freien Zugangs, welcher Polen durch den ihm seitens des Rates des Völkerbundes in seinem Beschluß vom 22. Juni 1921 erteilten Anweisungen erneut gewährleistet wird.

Republik und Eheprozesse.

Statistik und Sophistik.

Das „Justizministerialblatt“ vom 6. August veröffentlicht eine Uebersicht der in den Jahren 1913—1920 bei den preußischen Landgerichten anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Die „Deutsche Zeitung“ benutzt die Zahlen, um die Republik anzugreifen. Weil die Zahl der erstinstanzlichen gewöhnlichen Prozesse von 1913 bis 1920 von 114 803 auf 184 195 und weil die Zahl der erstinstanzlichen gewöhnlichen Prozesse bei den Kammern für Handelssachen von 1913 bis 1920 von 24 065 auf 79 551 und weil endlich die Zahl der Eheprozesse von 1913 bis 1920 von 18 826 auf 43 414 gestiegen ist, glaubt das deutschnationale Organ hier einen Beweis dafür zu finden, daß die Revolution „alle Bande der Zucht und Ordnung“ gelöst habe. Das Blatt vergißt, bemerkt zutreffend die „Sozialistische Korrespondenz“, daß der Krieg mit der Zerstörung der Vermögen, mit der Schaffung des Schiebertums, mit der Wohnungsnot und mit dem Kriegsehen so vorgearbeitet hat, daß unsere Gerichte in der Art auf Jahre hinaus zu tun haben.

Die demokratische Jugendwoche.

(Von unserem Korrespondenten.)

Kronach, 17. August.

Am letzten Verhandlungstag — der vorletzte, hatte eine schöne, gemeinsame Wanderung durch den Frankenwald und abends einen Vortrag von Rudolf Adricola (Ladenburg) über „Unsere Stellung zur übrigen deutschen Jugendbewegung“ gebracht — wurde in Zusammenfassung der bisher geleisteten Arbeit das Thema „Demokratie und Deutsche demokratische Partei“ erörtert. Als erster Referent sprach Otto Stündt (Nürnberg), als Korreferent Alfons Hildebrandt (München), der u. a. ausführte: Die rein staatsrechtliche, politische Auffassung von Demokratie ist identisch mit dem Grundsatze der Volkssouveränität. Legen wir diesen Grundsatz als Maßstab an die deutschen Parteien, so finden wir, daß er die politische Grundlage bildet für die demokratische Partei, das Zentrum und die Mehrheitssozialisten. Diese rein staatsrechtliche Betrachtungsweise kann uns aber nicht genügen. Die Demokratie erfordert aus ihrem Wesen einerseits, zu ihrer Selbstbehauptung andererseits noch eine ganz bestimmte Einstellung zu wirtschaftlichen und rein menschlichen Fragen. Bei dieser Betrachtung finden wir, daß alle drei eben als demokratisch bezeichneten Parteien noch keine endgültige Stellung genommen haben; besonders die Jugend ist es, die hier überall noch vorwärts drängt. Es läßt sich aber heute schon eine gewisse Linie in dieser Entwicklung feststellen. Die sozialistische Jugend befreit sich vom toten Dogma des Marxismus, die demokratischen von der Scheu vor jeder Vorwärtsentwicklung in wirtschaftlichen Dingen, und so werden und müssen sich die beiden Linie treffen, nicht heute, wohl auch nicht morgen.

Um den freien Getreidehandel in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 17. August.

In zahlreichen Münchener Bäckereien waren unmittelbar vor der Brotpreiserhöhung auch gegen Marken kein Brot und keine Semmeln mehr zu haben, was die Erregung der Bevölkerung noch steigerte. Das Landwirtschaftsministerium ging der Sache nach und stellte fest, daß meist infolge der starken Nachfrage die Brotvorräte ausverkauft waren und nur in einzelnen Fällen eine widerrechtliche Zurückhaltung des Brotes durch spekulative Bäcker erfolgte. In diesen Fällen ist strafrechtliche Anzeige erstattet worden. — Ueber den Ausgang der Verhandlungen in Berlin liegt hier noch kein Bescheid vor. Geplant ist bayerischerseits die Konzessionierung des Getreidehandels und eine Ausfuhrkontrolle durch amtliche Frachtbriefe. Uebrigens ist festzustellen, daß Brotgetreide in größerem Umfange aus Bayern nicht ausgeführt worden ist.

Das Mißtrauen des Rheinlandes.

Zur Aufhebung der Sanktionen.

Von unserem Korrespondenten

Köln, 17. August.

Es entspricht den Einschränkungen, unter denen der Oberste Rat die Aufhebung der Sanktionen beschlossen hat, daß das Gefühl der Erleichterung, mit dem der rheinische Geschäftsmann diesen langersehnten Tag begrüßt, nicht ungetrübt ist. Außer der noch immer fortdauernden Besetzung der Städte Düsseldorf und Duisburg ist es die Errichtung einer Kontrollorganisation der rheinischen Einfuhr, die unter den interessierten Kreisen starkes Mißtrauen erweckt hat. Wenn man schon die bloße Kontrollierung der deutschen Einfuhrgenehmigungen für unberechtigt und überflüssig hält, so fürchtet man noch mehr, daß sich unter der neuen Kontrollstelle ein Bewilligungsamt nach dem Muster der Emser Behörde verbergen könne. Mit einem noch so verschleierten Ueberbleibsel des französischen Genehmigungsverfahrens wäre aber der vielleicht gefährlichste Teil der bisherigen Sanktionen erhalten geblieben. Solange also die zu erwartenden Ausführungsbestimmungen nicht unzweideutig zu erkennen geben, daß den alliierten Kontrollbeamten keinerlei Eingriff in das deutsche Genehmigungsverfahren für ausländische Einfuhr, also weder ein Einspruch noch ein Entscheidungsrecht zusteht, glaubt man im Rheinlande noch nicht von einer Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen sprechen zu können.

Zu dieser Ungewißheit über den wahren Charakter der neuen Kontrollstelle kommt die Ungewißheit über die Handhabung des Uebergangsregimes. Hier besteht die Gefahr, daß die französische Kaufmannschaft versuchen könnte, die Frist bis zum 15. September zur hemmungslosen Einfuhr von Luxusgütern nach dem besetzten Gebiet auszunutzen. Von allen Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft abgesehen, würde eine solche weitere Ueberflutung des rheinischen Marktes auch den Ausbau gesunder Geschäftsbeziehungen zu dem soliden französischen Kaufmann — den Deutschland keineswegs boykottieren will — außerordentlich erschweren.

Während die Befürchtungen des rheinischen Kaufmanns bezüglich der Westgrenze noch nicht geschwunden sind, haben die neuen Pariser Beschlüsse den Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wieder normal gestaltet. Der Wegfall der Rheinsperre eröffnet dem rheinischen Geschäftsmann die Möglichkeit, abgebrochene oder unterbrochene Geschäftsbeziehungen nach dem unbesetzten Reich wieder aufzunehmen. Soll sich aber die rheinische Geschäftswelt von den Milliardenverlusten, die die unnatürliche Absperrung von dem deutschen Hinterland ihr zugefügt hat, auch nur einigermaßen erholen, so ist es notwendig, daß auch die Kaufmannschaft des unbesetzten Gebiets ohne Vorbehalt auf die Wiederanknüpfung der Geschäftsbeziehungen eingeht. Erst dann kann der eigentliche Zweck der Sanktionspolitik, das besetzte von dem unbesetzten Reich zu trennen, als gescheitert gelten.

Die Wiederaufbauverhandlungen.

Noch keine Antwort auf die deutschen Gegenäußerungen.

Die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen sind gegenwärtig unterbrochen. Diese Unterbrechung ist auf die Teilnahme des französischen Aufbauministers Loucheur an den Verhandlungen des Obersten Rates sowie auf die anderweitige Beanspruchung des französischen Vertreters Tannery durch die Sitzungen der interalliierten Finanzkonferenz zurückzuführen. Tannery, der nach den Wiesbadener Besprechungen zwischen Dr. Rathenau und Loucheur sowie den Verhandlungen in Paris zur Fortsetzung der Beratungen nach Berlin gekommen war, hat, wie wir erfahren, als er vor etwa acht Tagen Berlin verließ, die Gegenäußerung der deutschen Regierung zu den französischen Vorschlägen in der Wiederaufbaufrage nach Paris mitgenommen. Die Antwort aus Paris steht noch aus.

Die Kommunisten und die neuen Lohnkämpfe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 17. August.

Nicht weniger als die Forderung einer hundertprozentigen Lohnerhöhung beabsichtigen die Kommunisten anzuwenden, um die Arbeiterschaft in eine neue Lohnbewegung hineinzubringen. Diese Forderung wird in einem Rundschreiben gestellt, das der Führer der Hamburger Kommunisten, Franke, an die Aktionsausschüsse und Betriebsräte richtete. Nach dem Beschluß der drei Bezirke Wasserkante, Bremen und Hamburgs soll eine gemeinsame neue Kampagne einsetzen, um den Gewerkschaftsbund zu zwingen, die ausgebrochenen Lohnkämpfe zusammenzufassen und eine allgemeine Lohnbewegung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten mit dem Ziel der hundertprozentigen Erhöhung durchzuführen.

Augsburg, 17. August.

Sämtliche Baubetriebe in ganz Süddeutschland, soweit sie unter den Tarifvertrag für das Baugewerbe fallen, wurden von den Arbeitgebern gesperrt, da die Arbeitnehmer in einen unberechtigten Streik getreten waren und die Anerkennung eines Schiedsspruchs abgelehnt hatten.

Rückgabe von Eisenbahnmaterial.

Die Lieferungen an Belgien und Frankreich.

Bis zum 31. Juli 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages zurückgegeben: An Belgien: 9 734 Staatsbahnwagen, 145 Privatwagen. An Frankreich: 4 258 Staatsbahnwagen, 454 Privatwagen, zusammen 14 591 Fahrzeuge.

Sie stürzt eine Böschung hinab, überschlägt sich, fällt auf einen Haufen zusammengetragener Steine und bleibt hart neben einem Wasserloch liegen. So viel Kraft, sich zu erheben, hat sie nicht mehr. Sie kriecht, tastet um sich, ihre Hand greift ins Wasser. In einer Vertiefung zwischen Schilf und Binsen fällt sie erst auf die Seite, dann auf den Rücken.

Sie bewegt den Kopf ein paarmal, als suche sie eine bequemere Lage für ihn. Dann sieht sie mit großen, weit offenen Augen nach oben.

Zweimal hört sie auf dem Acker, nicht weit von dem Wasserloch entfernt, die Stimme des Krüppels; einmal erscheint er oben am Rande. Er steht still, hinkt ein paar Schritte weiter, horcht in die Ferne, hinkt wieder einige Schritte und steht abermals still. Krumm, die Schultern nach unten gezogen, steht er da. Sie sieht er nicht; unten ist es dunkel. Aber doch packt die Angst sie wieder, das Grauen, das sie vorwärtsgetrieben hat. Sie versucht sich aufzurichten, um weiterzulaufen. Es geht nicht. Still und kraftlos muß sie liegen bleiben. Beine und Füße und die weit nach rechts hinübergeschobene Hand liegen im Wasser. Der Krüppel verschwindet. Es wird still. —

Ruhig, ru—hig ist es hier. Ganz ruhig.

Wenn er wiederkommt und sie findet, wird sie sich leise, ganz langsam und heimlich ins Wasser gleiten lassen.

Wie der Mond hell ist.

Ein Wasserhuhn schreit. Ein Rebhuhn ruft: Zerrr-reck! Zerrr-reck! Noch eins.

Zu Hause liegen sie alle im Bett.

Der Vater sitzt in der Leutestube und flickt Stiefel, nein, der hat sie geschlagen, gejagt. Bis hierher, bis fast in den Tod. Nie wird sie wieder nach Hause gehen.

Wie der Mond hell ist.

Wie ruhig die Nacht über der Erde steht, wie hoch... Wenn doch einer käme und sie fände und sie schlafen ließe...

Aber hier ist es auch gut — wie zu Hause — im Katen — wenn man so richtig müde ist. Die Mutter schläft schon, und die Brüder, sie atmen ganz langsam und tief. —

Wie hoch die Nacht ist.

Und wie ruhig und gut es sich hier liegt.

Und plötzlich regt es sich wieder unter ihrem Herzen — ein leichtes, sanftes Ziehen und Quellen.

Und ihre Hand legt sie dorthin, wo sie das Leben verspürt; und ganz langsam schließen sich ihre Augen, und sie schläft ein.

Wissenschaftliche Nachrichten. Prof. Dr. A. Brinckmann in Rostock hat den Ruf auf den an der Universität Köln neugegründeten Lehrstuhl für Kunstgeschichte angenommen.

Der nächste deutsche Historikertag findet Ostern 1922 in Würzburg unter dem Vorsitz von Professor Kaerst statt.

β Folies Caprices. Ein Sketch soll eine außergewöhnliche Handlung in möglichst konzentrierter Form und höchster Spannung bringen. Ist die Handlung banal und die Spannung mäßig, so ist Langeweile und Verstimmung der Zuschauer unvermeidlich. Das sollten sich die Herren Straßburger und Strobel merken, deren Sketch „Fiebertaumel“ trotz ausgezeichneten Spieles durch Artur Eugens und Grete Dierkes ungewöhnlich ermüdend wirkt. Der zum ersten Male aufgeführte Einakter wird umrahmt von zwei übermütigen Possen, die, fernab von aller literarischen Wertung, ganz unterhaltsam sind und vornehmlich durch das glänzende Spiel von Ferdinand Grünecker und Rudolf Bergl getragen werden: „Die geteilte Geliebte“ ist eine neue Posse von Louis Taufstein, „Bentschen-Meseritz“ ein alter Ulk, der einst „Dritter Klasse“ hieß und damals — vor langen Jahren, als man in jener Gegend noch preußisch-schnoddrige Schaffner hatte — viel lustiger wirkte als heute.

Dem fünfzigjährigen Oskar Fried schreibt Gerhart Hauptmann aus Hiddensee: „Lieber Herr Fried! Sie wissen, wie herzlich wir Ihr Leben, d. h. Ihre Kunst, verfolgt haben, Ihr erstes frühestes Eintreten für Mahler, dessen Früchte wir mitgenießen durften, und alles Positive Ihrer großzügig schenkenden Persönlichkeit. Wenn wir nun gratulieren, so gratulieren wir uns und der deutschen Musik zu Ihrem Besitz.“

Peter Boborykin, der älteste und in seiner Heimat sehr populäre russische Schriftsteller, ist in Lugano in größter Armut am 12. August gestorben.

Theaterchronik. Am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet am 20. August die 100. Aufführung der Schwankoperette „Die Kleine aus der Hölle“ statt.

Das Jüdische Künstlertheater, das am 1. September im Theater in der Kommandantenstraße die Spielzeit eröffnet, hat unter der Leitung des Regisseurs Herrmann mit den Proben begonnen. Den Stamm der Truppe bildet das Wilnaer jüdische Ensemble, ergänzt durch Kräfte aus Rußland, Frankreich und Amerika.

Balletimeister Georges Blanvalet, der am 1. September von seinen Gastspielen in Köln und Düsseldorf zurückkehrt, ist als Balletdirektor an die Berliner Komische Oper engagiert worden.

Elfe Oppler-Legband ist von dem Neuen Theater am Zoo für die ständige künstlerische Leitung der Bühnendekorationen gewonnen worden.

Kleine Mitteilungen. Das 140jährige Bestehen begeht der Verlag Hoffmann u. Campe, der im Jahre 1781 von B. G. Hoffmann gegründet wurde. Der Verlag veranstaltet eine Ausstellung alter und neuer Erscheinungen bei Edmund Meyer Potsdamer Straße 38.

SPORT- Morgen früh SPIEGEL

---

* Wie wir hören, wird das **Reichskabinett** heute seine Besprechungen über die Lage und über die Durchführung der Steuerpläne fortsetzen.

* Die entlassenen Beamten der **Braunschweigischen Schutzpolizei** haben nach einer Meldung der „Landeszeitung“ ihren Rechtsvertreter beauftragt, Klage gegen den Braunschweigischen Landesfiskus zu erheben, weil kein Grund zur Entlassung vorliegt. Die Klage wird beim Landgericht eingereicht werden.

* Der **Papst** hat, wie aus Rom gemeldet wird, den Kardinal Frühwirth und eine Anzahl deutscher Studenten empfangen.

* Die Nachricht einiger Blätter, daß eine **jugoslawische Delegation** zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland sich demnächst nach Berlin begeben werde, wird von zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Das Ende der Hausangestelltensteuer.

Ablehnung der behördlichen Forderungen.

Der Berliner Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Abänderung der Hausangestellten-Steuerordnung nach den vom Oberpräsidenten verlangten Bestimmungen hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der vom Oberpräsidenten verlangten Aenderungen vorzuschlagen. Danach ist die ganze Steuerordnung für das Halten von Hausangestellten in Berlin erfreulicher Weise einstweilen gefallen.

Der Magistrat Berlin ersucht die Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage sich mit der Ausdehnung der Zuständigkeit der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg auf den Landkreis Berlin einverstanden zu erklären und keine Einwendungen gegen die in Aussicht genommene Fassung der Satzungen zu erheben. — Die Zahl der ordentlichen Mitglieder der Landwirtschaftskammer beträgt 112, die sich auf 32 Bezirke verteilen, davon ist der 32. Bezirk Berlin mit drei Mitgliedern. Niederbarnim, Prenzlau, Lebus, Königsberg (N.-M.) und Westpriegnitz stellen je fünf Mitglieder, die übrigen drei bis vier Mitglieder. Von den ordentlichen Mitgliedern scheiden drei Jahre nach der ersten Wahl die Vertreter der Wahlbezirke 1 bis 7 und 15 bis 23 aus. Die Vertreter der übrigen Wahlbezirke 8 bis 14 und 24 bis 32 scheiden nach sechs Jahren aus, so daß von der zweiten Wahl an für die Vertreter aller Bezirke ein regelmäßiger sechsjähriger Wechsel stattfindet. Die ersten sieben Wahlbezirke umfassen Angermünde, Beeskow, Jüterbog, Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland und die Ostpriegnitz. Die Wahlbezirke 15 bis 23: Arnswalde, Friedeberg, Guben, Kalau, Königsberg, Kottbus, Krossen, Landsberg, und Lebus.

Zuviel Handgepäck.

Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung.

Infolge der Erhöhung des Gepäcktarifes hat die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile der Züge einen so großen Umfang angenommen, daß die Eisenbahnverwaltung sich genötigt sieht, hierin einige Beschränkungen einzuführen. Aus diesem Grunde sind die Beamten an den Bahnsteigsperren angewiesen worden, gegen die Mitnahme von Handgepäck in größerem Umfange durch einzelne Reisende einzuschreiten und die Aufgabe des Gepäcks als Reisegepäck zu veranlassen. Ebenso sind auch die Gepäckträger angewiesen worden, Gepäckstücke größeren Umfanges nicht in die Abteile zu schaffen, sondern ihre Aufgabe als Reisegepäck zu veranlassen. Jedem Reisenden steht bekanntlich nur der Raum über und unter dem Sitzplatz zur Unterbringung des Gepäcks zur Verfügung. Stücke, die sich in diesem Raume nicht unterbringen lassen, müssen als Reisegepäck aufgeliefert werden. Da zahlreiche Reisende jedoch diese Vorschrift nicht beachten, so kommt es kurz vor der Abfahrt des Zuges meist zu Auseinandersetzungen. Nicht ordnungsmäßig abgefertigtes Reisegepäck darf im allgemeinen nicht befördert werden. Unzulässig große Stücke, die ursprünglich als Handgepäck von den Reisenden mitgenommen werden sollten, jedoch von dem Aufsichtsbeamten wegen der Größe usw. beanstandet sind, müßten also in den meisten Fällen zum nächsten Zuge zurückbleiben. Daher ist jetzt angeordnet worden, daß die Abfertigung von Reisegepäck in Ausnahmefällen auch am Zuge selbst stattfinden kann. Bis 15 Minuten vor Abgang des Zuges ist die Abfertigung auf dem üblichen Wege durch die Gepäckabfertigung des Abfahrtsbahnhofs noch möglich. Nach dieser Zeit stellt der Ladeaufsichtsbeamte am Packwagen den Gepäckschein aus, versieht das Gepäckstück mit der Bezettelung und trägt es noch nachträglich in die Ladeliste ein, so daß das Gepäckstück mit der gleichen Sicherheit befördert wird, wie die ordnungsmäßig abgefertigten Gepäckstücke.

Polizeistunde und Verkehr.

Noch keine Entscheidung.

Obwohl, wie berichtet, die bekannte hinderliche Bundesratsverordnung durch Kabinettsbeschluß aufgehoben worden ist und jetzt kein besonderes Hindernis mehr der Abänderung der Polizeistunde entgegensteht, liegt bis zur Stunde noch kein entscheidender Beschluß der Behörde vor. Das gesamte Material liegt vorläufig noch im Reichsministerium zur Einsicht und Begutachtung. Nach Prüfung der Sachlage wird dann die Angelegenheit dem Ministerium des Innern zur Erledigung überwiesen. Vorerst läßt sich noch nicht genau sagen, ob die neue Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festgesetzt werden wird, da der Reichskohlenkommissar eine wichtige Stimme in der ganzen Frage hat und dieser sich noch nicht schlüssig geworden ist. Es ist auch möglich, daß, wie ehemals, für eine noch zu bestimmende Abendstunde auf die bekannte Notbeleuchtung zurückgegriffen werden wird. Was die Berliner Verkehrsunternehmungen anbetrifft, so erfahren wir, daß sich diese naturgemäß den neu geschaffenen Verhältnissen anpassen werden. Es sind indessen auch hier noch keine positiven Beschlüsse gefaßt worden, da die genaue Zeit der Polizeistunde noch nicht bekannt ist und auch der Bewegungsfreiheit der Verkehrsunternehmungen durch die Vorschriften des Kohlenkommissars Grenzen gezogen sind.

Schießerei auf offener Straße. Ein Feuergefecht zwischen Sicherheitsbeamten und Einbrechern ereignete sich in der vergangenen Nacht vor dem Grundstück Evastraße 5 in Friedenau. Dort waren drei Verbrecher dabei, in die Garage des Kraftdroschkenbesitzers Schütze einzudringen. Ihr Vorhaben wurde von drei Kriminalbeamten und zwei Schutzpolizeibeamten beobachtet. Als die Beamten die Einbrecher stellten, erhielt einer von ihnen sofort einen Schlag mit einem Gummiknüppel, so daß er zu Boden fiel. Jetzt griffen die Beamten zu den Dienstpistolen und schossen auf die Verbrecher. Diese erwiderten das Feuer, und so fielen im ganzen etwa 25 Schüsse. Das Ende war, daß die Einbrecher entkamen. Von den Beamten wurde niemand verletzt.

Die Neuordnung der Sonntagsruhe. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe soll neu geordnet werden. Ein Gesetzentwurf dafür liegt aber noch nicht vor. Die Reichsregierung hat lediglich Anfragen darüber an die Länder gerichtet, die zu einer Klarstellung der Verhältnisse führen sollten. Sobald der Entwurf feststeht, will die Regierung den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Gelegenheit zur Aeußerung geben.

Drei Berliner Touristen verunglückt. Die Unfälle in den Bergen häufen sich. Aus Salzburg wird uns telegraphiert: Die drei Berliner Touristen Otto Helling, Hans Pabst und Dr. Hans Willand sowie Fräulein Anna Schmidt aus Worms sind bei einer Tour in einen großen Schneesturm geraten und verunglückt. Die Bergung der Leichen konnte bisher noch nicht vorgenommen werden. Ein anderer reichsdeutscher Tourist ist bei einer anderen Tour abgestürzt und schwer verletzt liegen geblieben.

Der Krach in den Wettkonzernen.

Nach dem Zusammenbruch der Sportbank Carl Köhn.

Die Krisis, die unter den Sportbanken und Wettkonzernen durch den Zusammenbruch der Berliner Sportbank Carl Köhn akut geworden ist, beschäftigt die Oeffentlichkeit in hohem Maße. Was Kennern der Verhältnisse längst bekannt war, daß nämlich die gemeingefährliche Tätigkeit der Sportbanken im Laufe weniger Monate viele Tausende von Opfern mit Einlagen, die in die Hunderte von Millionen gehen, in ihren Bann gezogen hatten, wird jetzt mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar. Die Warnungen in der Presse hatte leider nicht den geringsten Erfolg, sie wurden im Gegenteil von den Konzerninhabern mit zynischer Zungenfertigkeit in Reklame für ihre Unternehmungen umgedeutet. Von seiten der Behörden geschah nichts, den Ausbruch der Katastrophe zu verhüten. Nur das Reichsfinanzamt griff vor vierzehn Tagen ein, um wenigstens die von den „Dividenden" fällige Kapitalertragssteuer zu retten. Zur Sicherstellung dieser Forderung des Steuerfiskus wurden in allen Konzernen, deren Adresse man habhaft werden konnte, große Beträge beschlagnahmt. Wenn die Sportbanken jetzt, wie es der verkrachte Köhn-Konzern getan hat, die Insolvenz als durch den Eingriff des Finanzamts verschuldet hinstellen wollen, so kann dies nur als eine Ausrede gelten, denn die Kunden der Bank wären sicherlich heilfroh, wenn sie ihre Einlagen samt der durch die Steuer gekürzte Dividende zurückerhalten würden.

Eine einigermaßen zuverlässige Schätzung der Summen, die augenblicklich in diesen Unternehmungen investiert und aufs höchste gefährdet sind, ist unmöglich. Wie mit diesem Gelde gewirtschaftet wurde, zeigt die Liste der Aktiven, die Köhn in seinem Liquidationsrundschreiben anführt. Das Vertrauen, das Persönlichkeiten wie diesem ehemaligen Roßschlächter von seiten des Publikums entgegengebracht wurde, ist unbegreiflich und aus der Wettlust und Gewinnsucht allein heraus nicht zu erklären. Die Naivität des Publikums geht sogar so weit, daß selbst heute noch, nach dem Zusammenbruch, der Glaube an die „Tüchtigkeit" des Konzerninhabers nicht völlig erschüttert ist, daß es auch jetzt noch Leute gibt, die Köhn für ein Opfer der behördlichen Maßnahmen halten. Im übrigen halten sich die Strafbehörden gegenüber den Sportbanken auch jetzt noch zurück. Zur Stunde ist, wenigstens in Berlin, noch keine Maßnahme getroffen, die etwa dahin ginge, durch Schließung der Betriebe und Beschlagnahme aller vorhandenen Gelder und Werte zu retten, was noch zu retten ist.

Brückeneinsturz in Spanien. Nach einer Meldung aus Cordova stürzte in der Nähe von Pedro Abad eine im Bau befindliche Brücke ein. Sechs Personen sollen getötet und neun verwundet worden sein.

Kleine Notizen. Der 16. Bundestag der deutschen Mietervereine findet vom 3. bis 5. September in Dresden statt. — Der Bund der Bäcker- und Konditorgesellen Deutschlands hält vom 11. bis 13. September seinen 8. Bundestag in Berlin in den Handwerkskammersälen, Teltower Straße 1, ab. — Bei einem Einbruch in die Geschäftsräume der Firma C. u. F. Craffelt, Charlottenburg, Berliner Straße 168, fielen den Tätern zehn neue Torpedoschreibmaschinen in die Hände. Eine Belohnung von 5000 Mark ist ausgesetzt. — Frau Johanna Unger, Lessingstraße 26, begeht am 20. August ihren 90. Geburtstag.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, trocken und vielfach heiter bei meist schwachen östlichen Winden.

HANDELS-ZEITUNG.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen.

Aus Danzig schreibt uns unser Mitarbeiter: Nach einer harten Arbeit von sechs Monaten ist jetzt das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen soweit gefördert worden, dass die Unterzeichnung noch im Laufe dieses Monats wird erfolgen können. Im Danziger Parlament wurden von dem Senator Jewelowski, der die Verhandlungen als Hauptvorsitzender geführt hat, ausführliche Mitteilungen über den Inhalt der Verträge gemacht. Im Postbetriebe ist der bisherige Transitverkehr für die Danziger bzw. deutsche Post durch polnisches Gebiet gesichert. Die Finanzkommission legte fest, dass noch in diesem Monat die Effekten- und Devisenbörse in Danzig zu eröffnen und dass die polnische Mark amtlich zu notieren ist. Die Kommission für See- und Binnenschiffahrt hat beschlossen, dass die Danziger Flagge auf den polnischen Gewässern die gleichen Rechte haben wird, wie die polnische Flagge in Danziger Gewässern. Die Ueberleitung Danzigs in das polnische Zoll- und das einheitliche Wirtschaftsgebiet wird sich bis zum April nächsten Jahres hinziehen, sie wird sich stufenweise vollziehen, um das Danziger Wirtschaftsleben nicht zu sehr zu erschüttern. Danzig und Polen werden ihre eigenen Zollbeamten haben, beide Staaten bilden jedoch ein einheitliches Einnahmegebiet, da auch Danzig an den Zolleinnahmen teilnehmen soll. Es ist festgelegt worden, dass als Multiplikator die sechsfache Einwohnerzahl Danzigs angenommen werden muss. Senator Jewelowski berechnet für Danzig eine Schädigung von 20 bis 30 Millionen Mark. Wenn Danzig auf die bisher eingeführten deutschen Waren Einfuhrzölle erhoben hätte, so hätte dies Einnahmen von 120 Millionen Mark bedeutet. Polen hofft im nächsten Jahre auf eine Zolleinnahme von 40 Milliarden Polenmark, von denen Danzig 3,6 Milliarden erhalten wird. Da es sich um polnische Währung handelt, kommt Danzig naturgemäss schlechter weg. Die zollfreie Einfuhr von Halbfabrikaten und Rohstoffen für die Danziger Schiffbauindustrie, die für Danzig traditionell ist, wurde von der polnischen Regierung zugestanden. Eine besonders einschneidende Bestimmung ist für Gesellschaften geschaffen worden, die ausländischen Charakter haben, sich aber als Danziger Gesellschaften in Danzig ansiedeln. Es ist vorgeschrieben, dass der Aufsichtsrat derartiger Gesellschaften in der Mehrzahl aus Danziger Staatsangehörigen bestehen muss. Diese Bestimmung ist bis zum 31. Dezember 1924 zu erfüllen. In der Frage der Erlangung der Danziger Staatsangehörigkeit durch Ausländer ist festgelegt worden, dass nur diejenigen Personen eingebürgert werden, die fünf Jahre hindurch ihren Wohnsitz in Danzig haben. Ausnahmen sind zugelassen für Studenten, Kriegsgefangene und Minderjährige, deren Eltern in Danzig wohnen, die aber selbst am 11. Januar 1920 nicht in Danzig anwesend gewesen sind. Die Schwierigkeiten in der Fischerei sind dadurch behoben worden, dass von polnischer Seite die Erlaubnis erteilt worden ist, dass die Danziger Fischer auf polnischem Gebiete fischen dürfen; Danzig hat dasselbe Recht den polnischen Fischern auf seinem Gebiete zugestanden. Die Frage der Zugehörigkeit der Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt Danzig soll durch den Oberkommissar entschieden werden, ebenso die Frage der Rückerstattung von 50 Millionen Reichsmark, die Danzig bisher für Polen verauslagt hat. Der polnischen Regierung ist ein Platz im Hafen von Neufahrwasser angewiesen worden, wo sie ein Post- und Telegraphenamt erbauen kann. Weitergehende Ansprüche Polens konnten auf das im Friedensvertrag festgelegte Mass zurückgeführt werden. Besondere Schwierigkeiten werden der Landwirtschaft im Freistaate Danzig nach Aufhebung der Danzig-polnischen Wirtschaftsgrenze bevorstehen. Es sei mit einem grossen Angebot an Lebensmitteln in Danzig (?) von polnischer Seite zu rechnen, auch Brotgetreide will Polen im freien Handel an Danzig liefern.

Ueber die Geschäftslage in der niederrheinischen Textilindustrie wird uns geschrieben: Der flotte Geschäftsgang, der schon seit einiger Zeit in der niederrheinischen Textilindustrie herrscht, hält andauernd weiter an, da das Sinken des Markkurses im Ausland und die dadurch hervorgerufene Steigerung der Warenpreise die Kauftätigkeit in den Kreisen der Abnehmerschaft allgemein sehr stark belebt hat. Nach Aufhebung der Rheinzollinie, die den Verkehr der linksrheinischen Spinnereien und Webereien mit den rechtsrheinischen Abnehmern aufs schwerste behindert, erwartet man eine weitere beträchtliche Ausdehnung des Geschäfts, denn das Hauptabsatzgebiet der niederrheinischen Textil- und Bekleidungsindustrie ist das unbesetzte Gebiet. In der Baumwollindustrie arbeiten die Betriebe jetzt wieder in vollem Umfange, und die Betriebseinschränkungen konnten allgemein wieder aufgehoben werden. Dies gilt in erster Linie für die Baumwollspinnerei, die ihre Produktion durchweg für die nächsten Monate ausverkauft hat, zum Teil sogar bis Ende dieses Jahres mit Aufträgen versehen ist. Auch die Baumwollwebereien sind sehr gut beschäftigt und ebenso die Veredlungsindustrie, die lange Zeit ganz besonders unter der Ungunst der Verhältnisse, hervorgerufen insbesondere durch die Erschwerung des Verkehrs mit den rechtsrheinischen Webereien infolge der trennenden Schranke der Rheinzollinie, zu leiden hatte. Auch das Exportgeschäft hat sich in letzter Zeit merklich belebt; die Baumwollindustrie sowohl wie auch die Samt- und Seidenindustrie, deren Beschäftigungsgrad sich infolge der steigenden Rohseidenpreise in letzter Zeit beträchtlich gehoben hat, konnten ansehnliche Auslandsaufträge buchen. In der Wollindustrie hat sich das Geschäft gleichfalls merklich gebessert, wenn auch freilich noch nicht in dem Umfange, dass die Betriebseinschränkungen, die sich in diesem Industriezweige in besonders weitgehendem Umfange nötig gemacht hatten, schon durchweg aufgehoben werden konnten. Bemerkenswert ist hier übrigens die Bevorzugung besserer Qualitäten seitens der Kundschaft. Die Leinenindustrie ist andauernd gut beschäftigt, hat jedoch nach wie vor unter dem Rohstoffmangel zu leiden. Solange die Zufuhren aus Russland, dem bei weitem grössten Flachsproduktionsland der Welt, noch immer fehlen, werden diese Schwierigkeiten anhalten, da alle Versuche zur Hebung des deutschen Flachsbaus, so erfreuliche Erfolge auch bereits erzielt worden sind, doch nicht im entferntesten ausreichen, um den starken Bedarf der deutschen Leinengarnspinnereien zu decken. In der Bekleidungsindustrie des linksrheinischen Gebiets ist das Geschäft ausserordentlich lebhaft. Der Eingang von Bestellungen ist hier fortdauernd sehr beträchtlich, und die vorliegenden Aufträge sichern den Betrieben volle Beschäftigung auf Monate hinaus.

Die Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebrüder Kayser in Kaiserslautern hat in der ausserordentlichen Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital um 3 Mill. M. auf 6¼ Mill. M. zu erhöhen. 2½ Mill. neuer Stammaktien sollen den Aktionären zum Kurs von 107 pCt. angeboten werden, und zwar so, dass auf 6 alte Aktien 5 neue entfallen. Die Einführung der auszugebenden neuen Stammaktien an der Frankfurter Börse soll alsbald beantragt werden.

Akt.-Ges. der Maschinenfabriken Escher, Wyss & Cie. in Zürich. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahre 1920/21 einen Bruttofabrikationsgewinn von 6 881 988 Fr. (i. V. 6 097 790). Die Generalunkosten stiegen von 3 190 716 Fr. auf 3 861 230 Fr. Nach Abschreibungen in Höhe von 1 852 305 Fr. (1 240 471) sowie nach Abzug der Zinsen verzeichnet das Unternehmen einen Ueberschuss von 809 260 Fr. (804 374). Die Dividende wird mit wieder 6 pCt. in Vorschlag gebracht. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, konnte in das laufende Jahr ein bedeutender Auftragsbestand hinübergenommen werden. Die Umsatzziffer ist im Berichtsjahre annähernd der vorjährigen gleich geblieben, was bei den nicht unwesentlich zurückgegangenen Verkaufspreisen einer verstärkten Arbeitsleistung entspricht. In der Bilanz erscheinen u. a. Warenvorräte mit 19 750 876 Fr. (15 172 600), Debitoren einschliesslich Bankguthaben mit 10 434 578 Fr. (9 366 204) und Kreditoren mit 10 677 670 Fr. (6 963 781).

Steigende Grosshandelsindexziffer. Die Grosshandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von 1365 im Durchschnitt des Monats Juni auf 1425 im Durchschnitt des Monats Juli gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt. Die Gruppe Getreide und Kartoffel stieg von 1043 auf 1096 die Gruppe Fleisch, Fisch und Fette von 1626 auf 1633, die Gruppe Kolonialwaren von 1273 auf 1447, die Gruppe Häute und Leder von 1640 auf 1729, die Gruppe Textilien von 1823 auf 1991, die Gruppe Metalle von 1551 auf 1581 und die Gruppe Kohle und Eisen von 1671 auf 1740.

Waren-Markt.

Vom Reismarkt. (Marktbericht des Reismaklervereins in Hamburg.) In den abgelaufenen letzten beiden Wochen war ein lebhaftes Geschäft zu fortwährend steigenden Preisen zu verzeichnen. In den letzten Tagen ist jedoch ein gewisser Stillstand eingetreten, da erstens die Käufer sich wegen der rapide fallenden Reichsmark zurückhalten, andererseits auch die Produktionsländer ihre Forderungen ziemlich erheblich reduzierten. Etwas lebhafteres Interesse zeigte sich nur für Bruchreis aller Provenienzen, sowie für Braugriess für prompte und spätere Lieferung.

Cuxhavener Fischmarkt. (Amtliche Preisnotierungen am 16. August.) Preise für den Zentner in Mark. Nordseeware. Kabeljau I 277—321, II 205—250, Schellfisch I 437—460, II 330—341, III 257—320, Köhler 184—200, Scholle I 975, II 875, Botzunge I 715, II 445—615.

Amtliche Preisnotierung des Fischmarktes Hamburg-St. Pauli vom 16. August. (Preise für den Zentner in Mark.) Kabeljau Nordsee I 285—295, II 216—270, Schellfisch Nordsee II 330, III 355, Köhler (Seelachs) 170—186, Schollen I 1035—1075, II 700—800, Rotzungen I 725 bis 800, II 625, Lengfisch 270, Seehecht 275—430.

London, 16. August. (Metall-Schlussnotierungen.) Kupfer per Kasse 69⅝ (15. 8.: 70), per 3 Monate 70 (70⅜), Electrolytic 73½—74½ (74—75), Best selected 69½—71½ (69¾—71¾). Zinn per Kasse 154⅞ (155¾), per 3 Monate 156¼ (156¾). Zink nahe Sichten 25⅛ (25½), entfernte Sichten 25¾ (26½), Gold 112/4 (112).

Amerikanische Telegramme.

New-York, 16. August. (Privat-Funkspruch.) Die Börse zeigte bei Eröffnung eine gedrückte Stimmung. Angeboten waren namentlich Industriepapiere infolge ungünstiger wirtschaftlicher Berichte und unbefriedigender Dividendenaussichten. Auch später blieb die Grundstimmung schwach. Der Schluss war schwankend. Umgesetzt wurden 460 000 Stück Aktien.

	16. 8.	15. 8		16. 8.	15. 8.
Geldsätze	5½	6%	Missouri Pacific	19	19
Wechsel a. Berlin	1,07	1,15½	Nat. Ry of Mex 2nd pref.	3⅞ K	3⅞ K
do. a. Paris (Sicht)	7,13	7,80	N.Y. Centr. & Huds. Riv.	70	70½
do. a. Amsterdam	30.92	31 12	N.Y. Ontario u. Western	17	17⅜
do. a. London (60 T.)	3,60,50	3,62 5	Norfolk u. Western	94	94
do. Cable Transfers.	3,64,50	3,66,50	Northern Pacific	75	75¼
Belgien	7,58	7 62	Pennsylvania	37¼	37¼
Schweiz	16,83	1690	Reading	66⅞	67
Madrid	12,86	12,92	St. Louis u. St. Francisco	22½	23¼
Rom	4,23	4,38	Southern Railway	19¼	19⅝
Silber Inland	99¼	99¼	do. Pacific	76¼	76¾
do. Ausland	61½	61¼	Texas u. Pacific	23⅜	22⅞
Atchison Top. u. St. Fé	87⅞	84	Union Pacific	122¼	119⅞
do. pref.	80	80	Wabash pref.	20¾	20¾
Baltimore u. Ohio	36⅝	36½	American Can.	24¼	25
Canadian Pacific	112¼	113¼	Amer. Car. u. Foundry	122	123
Chesapeake u. Ohio	52⅛	52⅜	Amer. Hide & Leath Co.	10¼	10½
Chicago, Milw. u. St. Paul	25⅝	25½	do. do. pref.	47½	47¼
Chic. Rock-Islnd. u. Pac.	80⅞	81½	Americ. Smelting Ref.	32¼	33½
Denver u. Rio Grande	¾	⅝	Anaconda Copper	33⅝	34½
Erie	12¾	13	Bethleh. Steel	48	49
Great Northern pref.	73¾	73¼	Central Leather	26¼	26
Illinois Central	91¾	—	Intern. Mercant. Marine	8½	9
Intebor. Consol. Corp.	3½	3½	do. do. pref.	39¾	40½
Cansas City & South.	24¾	24¾	Studebaker Corporation	71½	71⅝
do. pref.	49	49¼	Unit. Stat. Steel Corp.	73⅝	74⅛
Louisville u. Nashville	108	109	do. do. pref.	109	109
Missouri. Kans. u. Texas	2	2	Aktienumsatz	460 000	400 000

New-York, 16. August. (Privat-Funkspruch.) Die Kaffeepreise stiegen auf rege Nachfrage für Lokoware und Käufe der Kommissionäre sowie der Importeure. — Baumwolle stellte sich anfangs im Anschluss an die verstimmenden Meldungen aus Liverpool und Manchester im Preise niedriger.

Chicago, 16. August. (Privat-Funkspruch.) Weizen gab nach fester, auf ungünstige Wetter- und Ernteberichte zurückzuführender Eröffnung infolge der Zunahme der Zufuhren und Bestände und auf damit zusammenhängende Liquidationen erheblich nach. — Mais stieg infolge ungünstiger Ernteberichte und reger Nachfrage für Ausfuhrzwecke, gab aber dann unter der Einwirkung der Zunahme der Zufuhren und der Bestände erheblich nach.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: i. V. Dr. Adolf Roeder-Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Bilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Hierzu 1 Beiblatt.

Die Rechtsprechung der gemischten Schiedsgerichtshöfe.

Von

Dr. Bruno Weil, Rechtsanwalt und Notar (Berlin).

In dem Gebäude der alten österreichischen Botschaft in Paris, Rue Varenne 57, tagt, nachdem er die provisorisch innegehabten Räumlichkeiten im französischen Ausgleichsamt (Avenue Malakoff 146) hat aufgeben müssen, der deutsch-französische Schiedsgerichtshof. In dem gleichen Gebäude sind das deutsch-belgische, das österreichisch-französische, das französisch-belgische, das deutsch-griechische, das griechisch-österreichische, das griechisch-belgische und das deutsch-siamesische Gericht untergebracht. Nach politischer und wirtschaftlicher Bedeutung steht von den in Paris tagenden Schiedsgerichtshöfen der deutsch-französische allen anderen bei weitem voran. Er allein ist auch in mehrere Abteilungen geteilt, von denen die erste, an deren Spitze der Lausanner Völkerrechtsprofessor Mercier steht, die elsass-lothringischen Angelegenheiten bearbeitet. Der zweiten unter der Leitung der schwedischen Bevollmächtigten Sjoeborg sind die sämtlichen aus dem Ausgleichsverfahren und den Vorkriegsschulden (Artikel 296 des Friedensvertrages) sich ergebenden Angelegenheiten zugewiesen, während die dritte unter dem Amsterdamer Rechtsanwalt Asser sich mit den Liquidationen und den aus ihnen entspringenden Rechtsfolgen zu beschäftigen hat. Die vierte Sektion behandelt die Vorkriegsverträge und alle anderen, nicht einer bestimmten Sektion zugewiesenen Angelegenheiten und steht unter Leitung des spanischen Universitätsprofessors Botella. Ausserhalb Paris tagen nur in London der deutsch-englische und der deutsch-japanische Schiedsgerichtshof in Sankt James Square 21.

Die Bedeutung dieser Schiedsgerichte, die durch den Friedensvertrag als unparteiische Instanz vorgesehen sind, kann gar nicht überschätzt werden, und es bleibt bedauerlich, dass dieser Rechtsbehelf, der einer der wenigen im Friedensvertrag ist, bei denen die Möglichkeiten gerecht verteilt sind, sich bisher einer so unzureichenden Beachtung sowohl der künftigen Juristen wie auch der interessierten Laien in Deutschland erfreut hat. Seit April d. J. werden die Entscheidungen der Gerichtshöfe in einer besonderen Sammlung herausgegeben, die monatlich erscheint und die Leitsätze der betreffenden Entscheidungen in französischer, englischer und italienischer (nicht aber in deutscher!) Sprache wiedergeben. Die in den bisher erschienenen drei Heften vorliegenden Entscheidungen genügen nicht, um ein endgültiges Urteil über die Rechtsprechung der Schiedsgerichtshöfe zu fällen, sie zeigen aber in der äusseren Form, ganz abgesehen von der für die meisten von ihnen für Verhandlung und Urteil obligatorischen französischen Sprache, auch durchaus die Aufmachung, Gruppierung und Art der Begründung französischer Urteile. Ungewollt wirkt der Ort der Tagung auch auf die äusseren Formen der Verhandlungen und die Handhabung der Prozessordnung ein. Viel mehr, als es im allgemeinen deutsche Juristen gewöhnt sind, geben die bisher veröffentlichten Urteile eine, bisher meistens allerdings zum Schaden der deutschen Parteien und des Reiches ausschlagene, freie Auslegung des Friedensvertrages, indem sie sich darauf berufen, dass sie nach diesem selbst „nach Recht und Billigkeit“ zu entscheiden haben.

Urteile in elsass-lothringischen Angelegenheiten, in denen eine grosse Reihe von wichtigen Streitfragen der Entscheidung wartet, sind bisher nicht veröffentlicht, ebenso sind die mit dem Ausgleichsverfahren zusammenhängenden Berufungen bisher noch in keinem Falle zur Entscheidung gekommen. Gerade hier wartet eine ungeheuere Aufgabe, an der das ganze Verfahren überhaupt zum Scheitern gelangen kann, der Erledigung. Bis zum Monat Juni sind im ganzen erst 30 rechtskräftige Entscheidungen ergangen. Ausgleichssachen, die in die Zehntausende gehen werden, sind überhaupt noch nicht dabei gewesen. Man bedenke, dass Privatmitteilungen zufolge — das Reichsausgleichsamt ist in seinen Mitteilungen leider sehr spärlich — von Elsass-Lothringen allein über 600 Mill. Fr. Forderungen gegen deutsche Schuldner angemeldet sind wovon etwa 500 Millionen bestritten und somit der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes unterworfen sind.

Die Mehrzahl der veröffentlichten Entscheidungen stammt aus dem Liquidationsrecht. Deutschland hat alle Zwangsmassnahmen gegen das Eigentum alliierter und assoziierter Staatsangehöriger rückgängig zu machen, von ihm liquidierte Gegenstände in natura zurückzuerstatten oder entsprechende Entschädigung zu leisten. Die Höhe der letzteren wird vom Schiedsgericht festgesetzt. Ob das Schiedsgericht auch über die Rückerstattung in natura zu befinden hat, ist bestritten, bisher aber noch nicht zur Entscheidung gelangt. In allen Stadien des Verfahrens hat das Gericht dabei einstweilige Verfügungen und Anordnungen für zulässig erklärt.

Von grösserer Bedeutung ist die Rechtsprechung in der Frage, was als „ausserordentliche Kriegsmassnahme“ (mesure exceptionelle) anzusehen ist, für die Deutschland nach dem Friedensvertrag ersatzpflichtig ist. In dieser Beziehung gehen der deutsch-französische und der deutsch-belgische Gerichtshof ausserordentlich weit. Als solche Massnahme ist zum Beispiel die Versteigerung einer von einem Franzosen bei einem deutschen Leihhaus hinterlegten Uhr erklärt worden. Dabei soll kein Unterschied bestehen, ob es sich um eine besondere Massnahme handelt, die nur gegen Ausländer, oder die gleichermassen gegen Ausländer und Inländer getroffen worden ist. Damit ist das Reich für alle von ihm vorgenommenen Requisitionen schadenersatzpflichtig erklärt worden, und zwar, wie im Falle eines requirierten Automobiles entschieden worden ist, dergestalt, dass der Eigentümer in die Lage versetzt werden soll, einen gleichen Gegenstand zu dem gestiegenen hohen Preis jetzt wieder zu erwerben, und dass ihm noch für die in der Zwischenzeit unmögliche Benutzung besondere Entschädigung zu zahlen ist. Ja, dieser Schadensersatzanspruch ist sogar ihm zugebilligt worden, wenn bei erfolgter Requisition der Requisitionspreis bereits deutscherseits bezahlt war. Auch für die aus einer Wohnungsbeschlagnahme sich ergebenden Folgerungen ist das Reich, obwohl solche Beschlagnahmen unterschiedlos gegen Ausländer wie Inländer zulässig sind, schadenersatzpflichtig erklärt worden. Kurzum, die bisherige Rechtsprechung geht so weit, dass man fast uneingeschränkt sagen kann, das Reich haftet für alles, was feindlichen Staatsangehörigen gehörigen Gegenständen auf deutschem Boden geschehen ist, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Gegenstände sequestriert oder liquidiert worden sind, ja ohne Rücksicht sogar auf das Verhalten des feindlichen Staatsangehörigen seinen in Deutschland zurückgelassenen Sachen gegenüber

Die bei weitem überragendste Bedeutung hat aber in den bisherigen Entscheidungen die Zuständigkeitsfrage. Nach dem Friedensvertrag haben die gemischten Schiedsgerichtshöfe die Streitigkeiten zu entscheiden, welche „gemäss den Abschnitten III, IV, V, und VII zu ihrer Zuständigkeit gehören“. Nach der allgemein in Deutschland vertretenen Auffassung sind die Schiedsgerichte Ausnahmegerichte und ihre Zuständigkeit ist daher nicht in erweiterndem Sinne anzunehmen. Sie haben daher nur diejenigen Streitigkeiten zu entscheiden, für die sie besonders und ausdrücklich im Friedensvertrag bestellt sind. Ganz im Gegensatz zu dieser Auffassung, hat der dritte Senat in der Angelegenheit Mumm am 4. März 1921 sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Schiedsgerichte, die ordentlichen Gerichte des Friedensvertrages seien, dass daher ihre Zuständigkeit für alle Angelegenheiten gegeben seien, die sich auf die besagten Abschnitte des Friedensvertrages erstrecken, auch wenn sie dort nicht besonders erwähnt sind. Dieses Urteil ist in deutschen Kreisen geradezu als verhängnisvoll betrachtet worden. Es ist auch nicht zu leugnen, dass es im Widerspruch mit der ganzen deutschen Rechtsauffassung steht. Wird aber der vom Schiedsgericht eingenommene Standpunkt konsequent durchgehalten, so ergeben sich aus ihm auch eine Reihe von für Deutschland und deutsche Parteien günstige Möglichkeiten, die bisher nicht beachtet worden sind. Dann gehören auch die Fragen über den Umfang der von den gegnerischen Staaten vorzunehmenden Liquidationen, für die bisher auf die innerstaatliche Gesetzgebung des betreffenden Landes verwiesen wurde, vor die internationale Gerichtsbarkeit. Der Deutsche, dessen Besitz liquidiert worden ist, ist dann in der Lage, ein Gericht anzurufen, um über die Rechtmässigkeit der vorgenommenen Liquidation, wie auch über das bei derselben geübte Verfahren, über die häufig so strittage Frage der Zahlung seiner Schulden und der Frage des Kurses eine Entscheidung herbeigeführt zu sehen, während zum Beispiel nach der innerstaatlichen französischen Liquidationsgesetzgebung jedes Beschwerderecht des Betroffenen ausgeschlossen ist. In der Angelegenheit Mumm hat, wenn auch nur beiläufig, der Gerichtshof ausdrücklich anerkannt, dass für die Frage des (geographischen) Umfanges des französischen Beschlagnahmerechtes nicht die französische Gesetzgebung, sondern das internationale Privatrecht maßgebend sein müsse. Dann ist auch die Frage, ob der Besitz der Staatenlosen liquidiert werden kann, weiter die Frage, was als nach dem Friedensschluss angewachsene Vermögensbestandteile anzusehen sind, ob Zinsen, Nutzungsrechte, Bezugsrechte, Mieterträgnisse — nach dem Friedensvertrag sind nur die bei der Ratifikation vorhandenen Vermögensgegenstände dem Zugriff der Gegner unterworfen —, aus dem Gebiet der Willkür in das eines geordneten Gerichtsverfahrens gebracht.

Dabei bleibt eine grosse Schwierigkeit: die Frage der Vertretung der deutschen Interessen vor diesen Gerichtshöfen. Die deutschen Staatsvertreter allein werden die Aufgabe nicht bewältigen können. Die Zahl der in Betracht kommenden deutschen Rechtsanwälte ist, schon mit Rücksicht auf die Sprachenfrage — es muss in der fremdländischen Sprache plädiert werden —, verhältnismässig gering. Darüber hinaus aber sind die mit der Vertretung verbundenen Kosten für die meisten deutschen Parteien unerschwingbar. Im Ausgleichsverfahren kommt noch hinzu, dass das Reich selbst an den Entscheidungen aufs höchste interessiert ist, da der deutsche Schuldner nur in Reichsmark, das Reich selbst aber in der ausländischen Währung zu zahlen hat. Das Reich wird daher wohl kaum um eine Verständigung in der Vertretungsfrage mit den in Betracht kommenden Interessenorganisation herumgekommen. Es muss vermieden werden, dass die Gerichtsbarkeit der Schiedsgerichtshöfe, die an sich für Jahre hinaus noch von einschneidender Wirkung sein wird, nur zu einer Gerichtsbarkeit der Reichen wird und es muss auch den Minderbemittelten in Dingen, die für sie häufig Lebensfragen sind, die Möglichkeit einer Vertretung geschaffen werden.

⊙ **Eine Abschwächung der ausländischen Devisenkurse** machte sich am heutigen Börsenruhetage bemerkbar. Nachdem im Laufe des gestrigen Nachmittags die Preise der ausländischen Zahlungsmittel weiter scharf angezogen hatten, und der Dollar auf den hohen Stand von 95 gekommen war, trat schon in den Abendstunden ein Umschwung ein. Offenbar hatte die Abgaben der Reichsbank, die im Laufe des gestrigen Tages erfolgten, eine gewisse Ernüchterung bei der Spekulation hervorgerufen. Da überdies an der gestrigen New-Yorker Nachbörse eine Erholung des Markkurses bis auf 1,11 13/16 erfolgt war, setzte der Verkehr heute in Berlin auf etwa paritätischer Basis, die sich auf 89,92 berechnete, ein, nachdem auch gestern die Parität durch Anziehen des Kurses in Berlin auf 95 mit dem Markkurs in New-York von 1,07 hergestellt war. Kabelauszahlung New-York sank im Laufe des heutigen Vormittags auf 88½ bis 89¼, und auch die übrigen Devisenkurse des freien Verkehrs lagen unter den gestrigen höchsten Kursen und teilweise auch unter den gestrigen amtlichen Notierungen. So stellten sich unter anderem Auszahlung auf etwa 1500, Parisk auf etwa 695, London auf etwa 320—325 und Holland auf etwa 2750—2780. Gegen Mittag waren die Kurse dann wieder etwas fester, und zwar Auszahlung Holland ca. 2790 und London ca. 329. Das Geschäft war heute auch nicht im Entferntesten so lebhaft wie gestern, vielmehr war eine stärkere Zurückhaltung unverkennbar. Ueber die Gründe der in den letzten Tagen erheblich verstärkten Verschlechterung der deutschen Valuta hatten wir uns wiederholt geäussert. Den Anstoss zu der Bewegung dürften die andauernde starke Vermehrung unseres Notenumlaufs und die Ankäufe von Devisen für Reparationszwecke seitens des Reiches gebildet haben, die allerdings in der letzten Zeit nach Sicherung des grössten Teils der Reparationsdevisen nicht mehr erheblich waren. Die Ausweise der Reichsbank spiegeln die sehr bedeutenden Ansprüche des Reiches an unser Zentralnoteninstitut wieder, und vor allem ergibt sich auch aus den vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten dekadenweisen Uebersichten über die Finanzgebarung des Reiches ein ständiges Anwachsen der schwebenden Schuld. Der jetzt für die Zeit vom 1. bis 10. August veröffentlichte Ausweis lässt erkennen, dass in dieser Zeit die Ausgaben 6 Milliarden Mark betragen haben. Dem standen an Einnahmen, an Steuern, Zöllen, Abgaben, Gebühren, also an effektiven Eingängen nur 1,3 Milliarden Mark gegenüber, während die schwebende Schuld mit 4,7 Milliarden Mark den Hauptteil der Einnahmen bildete. Ohne Zweifel hat die anhaltende erhebliche Vergrösserung dieser Schuld sehr wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen zu der Reichsmark im In- und Auslande zu erschüttern. Ueber die Zusammensetzung der schwebenden Schuld werden in den genannten Uebersichten keine Angaben gemacht, doch geht man wohl nicht fehl in der Annahme, dass die neuerliche starke Erhöhung mit dem Ankauf der für die Bereitstellung der am 31. August fälligen Reparationsmilliarde erforderlichen Devisen zusammenhängt. Diese Summen dürften einen wichtigen Teil der neuen Vermehrung der schwebenden Schuld bilden. —

Das Effektengeschäft von Bureau zu Bureau ruhte heute, wenigstens bei den Grossbanken, ganz, und der börsenfreie Tag wurde in der Hauptsache dazu benutzt, um die Rückstände von gestern, die recht erheblich sind, aufzuarbeiten. Auch heute strömten den Banken natürlich wieder zahlreiche Aufträge zu, aber nicht in dem unübersehbaren Umfange, wie vor einigen Tagen. Der Effektenverkehr hatte ja schon gestern etwas von seinem stürmischen Charakter eingebüsst, und es war eine gewisse Beruhigung eingetreten.

*

* **New-York**, 16. August. (Privat-Funkspruch.) Die **Markdevise** erlitt heute eine neuerliche **erhebliche Verflauung**. Die Notiz stellte sich anfangs auf 1,05 G., 1,06 B., stieg im Verlaufe der Börse bis auf 1,11, um dann schliesslich wieder auf 1,07 zurückzugehen. **Nachbörslich** zog der Kurs auf 1,10¼ bis 1,10½ an. Man schrieb den starken Rückgang Verkäufen deutscher Interessentenkreise an den europäischen Hauptstädten, besonders in Schweden und Holland, zu. — Die deutsche Reichsbank deponierte 5 Mill. Doll. für Reparationszwecke bei der Firma I. P. Morgan & Co. für Rechnung von Grossbritannien und Belgien.

Bankdiskont		Devisen 17.8. G.	Devisen Brief	Devisen 16.8. G.	Devisen Brief	Banknoten 17.8. G.	Banknoten Brief	Banknoten 16.8. G.	Banknoten Brief
5	Deutschland								
4½	Holland .... Gulden	2717,25	2722,75	2862,10	2887,90	2710,25	2715,75	2887	2902
6	Dänemark ...... Kronen	1438,55	1441,55	1543,45	1546,55	1423,50	1436,50	1540,75	1544,25
6	Schweden ...... Kronen			1998,00	2002,00	1868	1872	1998	2000
6½	Norwegen ...... Kronen	1128,85	1131,15	1208,75	1211,25	1121,75	1127,25	1213,75	1216,25
9	Finnland .... Mark	129,60	129,90	103,85	104,15	128,75	129,25	131,75	132,25
4	Schweiz .... Francs			1498,50	1501,50			1483,50	1486,50
6	Oesterreich ...(alte) Kr.	—	—	—	—			—	—
6	Deutsch-Oesterr. .... Kr.	10,08	10,12	10,58	10,32	8,86	8,90	8,90	9
—	Ungarn .... Kronen	22,57	22,63	22,27	22,83				
6	Tschecho-Slov. ..... Kr.	102,60	102,90	103,65	104,15	101,75	102,25	103,40	106,00
6	Spanien .... Pes.			1128,85	1131,15			1113,75	1116,25
5½	Amerika .... Doll.			90,90	91,10			90,35	90,45
5	Belgien .... Francs			691,30	692,70			686,75	688,25
5½	England ..... Pfd. Sterl.	316,65	317,35	348,85	[illegible]			350,50	351,50
5½	Frankreich ..... Francs			695,30	696,70			688,25	689,75
6	Italien .... Lire			393,50	394,49			377,50	378,50
—	Rumänien .... Lei							108,75	109,25

* **Berliner Produktenverkehr.** Nach der erneut starken Ermässigung des offiziellen Markkurses in New-York hatte dort die Nachbörse wesentlich höhere Notierungen gebracht, und dementsprechend war auch hier die Devisennotiz des Dollars billiger als gestern. Da man auf deren Steigerung hier gestern im Produktenmarkt wenig reagiert hatte, so übte auch die Abwärtsschwankung nur unerheblichen Einfluss. Für Weizen waren Preise nicht viel verändert. Nach Berlin in den Stationen passende Offerten für sofortige Lieferung finden schlank Unterkommen, da die Mühlen ihre vorherigen Augustkäufe nur langsam herangekommen. Roggen wird von der Müllerei noch immer wenig oder doch nur für spätere Lieferung gefragt, während nach der Provinz für die Landwirte Material unterzubringen ist. Preise waren teilweise etwas schwächer als gestern. Für Wintergerste bleibt der Westen Reflektant, doch fehlt Angebot. Gute Sommergerste ist von Malzfirmen gesucht und teilweise über Notiz bezahlt. Für Hafer bleibt der Konsum sehr schwach Ueber Passau ist ungarischer Hafer eingetroffen, der wesentlich leichter, aber auch erheblich billiger wie der inländische ist. Für Mais ist die Tendenz ruhiger. Für Landwirte stellt sich der Artikel frei Hof eher teurer, als Hafer von ihnen ab Hof geliefert wird. Daher ist die landwirtschaftliche Frage zurückhaltender. Mehl nur in ganz naher Ware begehrt. Hülsenfrüchte dauernd fest.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse per 100 kg ab Station: Weizen, märkischer 444—452 August, schlesischer 430 bis 440 August, ruhig. Roggen, märkischer 348—356 August, pommerscher 340—346 August, etwas schwächer, Gerste, Wintergerste 388—396, Sommergerste 488—500, ruhig, Hafer, märkischer 356—360 August, pommerscher 350—360 August, schlesischer 340—348 August, etwas schwächer, Mais, La Plata prompt ab Hamburg 306—310, September-Dezember 308—312, ohne Provenienzangabe Mais August 302—304, September-Dezember 303 bis 306, fest, Weizenmehl 645—690, unverändert, Roggenmehl 440—480, unverändert, Weizenkleie 265, still, Roggenkleie 270, still, Raps 580—600, ruhig, Leinsaat 580—600, ruhig, Erbsen, Viktoria 580—630, kleine Speiseerbsen 440—460, Futtererbsen 360—380, Peluschken 340—360, Ackerbohnen ohne Angebot, Wicken do., Lupinen, blaue 190—200, gelbe 200—220, Serradella 270—280, Rapskuchen 250—265, Leinkuchen 394—396, Trockenschnitzel Oktober-Dezember 234—240.

* **Hamburg**, 17. August. (Privat-Telegramm.) Die Verwirrung auf dem Devisenmarkt rief im Börsenverkehr, und zwar auf dem Montanmarkt und in anderen Industriepapieren starke Zurückhaltung hervor, unter deren Druck das Kursniveau durchweg nachgab. Eine Ausnahme machten lediglich Bankwerte, Deutsche Bank plus 10 pCt., Handelsanteile plus 5 pCt., Brasilianische Bank plus 45 pCt., Deutsch-Ueberseeische Bank plus 60 pCt. Lokalwerte waren nach schwacher Eröffnung befestigt, alle übrigen Märkte zum Teil erheblich abgeschwächt. Auf dem Montanmarkt, der noch fast behauptet eröffnet hatte, notierten Deutsch-Luxemburg minus 13 pCt., Gelsenkirchen minus 17 pCt., Phönix minus 30 pCt., Harpener minus 17 pCt., Oberbedarf und Caro je minus 5 pCt., Schuckert minus 13 pCt., AEG. minus 10 pCt., Guano — 10 pCt., Schiffahrtswerte vernachlässigt., Ver. Elbe — 17 pCt., Hapag und Norddeutscher Lloyd nach behaupteter Eröffnung nachgebend. Es notierten: Handelsanteile 226 pCt., Brasilianische Bank 685 pCt., Deutsche Uebersee-Bank 860 pCt., Deutsche Bank 320 pCt., Deutsch-Australische Dampfer 269 pCt., Cosmos 265 pCt., Norddeutscher Lloyd 170 pCt., Hapag 179 pCt., Hamburg-Süd 386 pCt., Vereinigte Elbe 538 pCt., Caro 358 pCt., Deutsch-Luxemburg 480 pCt., Gelsenkirchen 515 pCt., Harpener 708 pCt., Oberbedarf 415 pCt., Phönix 1070 pCt., A. E. G. 351 pCt., Alsen Portland 770 pCt., Guano 525 pCt., Nobel 360 pCt., Schuckert 320 pCt., Neu-Guinea 580 pCt., Otavi 655 pCt.

*

* **Ausfall der Abendbörse in Frankfurt a. M.** Der Frankfurter Börsenvorstand gibt bekannt, dass vom Mittwoch, den 17. August bis einschliesslich Freitag, den 26. August keine Abendbörse stattfindet.

---

* Die Krise in der internationalen Schiffahrt.

Zur Reorganisation der United States Mail Steamship Company.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir eine Meldung von Boesmanns Telegraphenbureau wiedergegeben, nach der die Meldung, dass die United States Mail Steamship Co. sich in den Händen des Konkursverwalters befinde, nicht richtig sei. Es wurde vielmehr darauf hingewiesen, dass schwebende Verhandlungen über eine Reorganisation der Gesellschaft, die mit einer kapitalkräftigen Gruppe geführt würden, vor dem Abschluss stünden. In jedem Falle werde mit Einverständnis des amerikanischen Shipping Board eine Aenderung in dem Dienst der Gesellschaft nicht eintreten, abgeschlossene Passage- und Frachtverträge würden in jedem Falle ausgeführt werden und in der fahrplanmässigen Abfahrt der Dampfer trete eine Aenderung nicht ein. Diese Mitteilung ist, auch wenn die von der obengenannten Telegraphenagentur verbreitete mildere Version zutrifft, geeignet, ein bezeichnendes Schlaglicht auf die eigenartigen und ungesunden Verhältnisse zu werfen, die sich in der Weltschiffahrt nach dem Abflauen der noch vom Schiffsraummangel beherrschten Nachkriegskonjunktur herausgebildet haben. Bekanntlich ist nach der Ueberwindung dieses Schiffsraummangels, die im Zusammenhang mit der Freigabe der bis dahin für Kriegsabwicklungstransporte benötigten Tonnage eintrat, ein starker Ueberfluss von Frachtraum auf dem Weltmarkt in Erscheinung getreten. Die Folge davon war ein rapides Fallen der Frachtraten bis unter die Selbstkosten, sowie ferner ein starker Rückgang der Schiffspreise, so dass alte Schiffe zu wesentlich niedrigeren Preisen verkauft wurden, als die Herstellungskosten für neue Schiffe betrugen. Unter dieser ungünstigen Entwicklung mussten natürlich besonders stark diejenigen Schiffahrtsunternehmungen leiden, die während der günstigen Kriegskonjunktur keine grossen Reserven hatten ansammeln können, aus denen sie die jetzt entstehenden Verluste zu decken in der Lage gewesen wären. In dieser Situation befand sich anscheinend auch die United States Mail Steamship Co. Dieses neugegründete Unternehmen hatte mit dem amerikanischen Schiffahrtsamt (Shipping Board) einen Vertrag abgeschlossen, wonach es insgesamt elf der früheren deutschen, in Amerika beschlagnahmten Passagierdampfer auf die Dauer von fünf Jahren vom Shipping Board mietete, um mit ihnen regelmässige Schiffahrtslinien auszustatten. Ein deutsches Interesse an der Entwicklung dieses Schiffahrtsdienstes war insofern gegeben, als die United States Mail Co. mit dem Norddeutschen Lloyd einen Vertrag abschloss, auf Grund dessen sie sich verpflichtete, die vorerwähnten elf Schiffe zur Einrichtung regelmässiger Passagier- und Frachtlinien zwischen New-York und Bremen, Boston und Bremen, Baltimore und Bremen sowie New-York und Danzig zu benutzen, wobei auch französische und englische Häfen angelaufen werden sollten. Der Norddeutsche Lloyd übernahm gegen bestimmte Vergütungen für die Buchung von Passagieren, Post und Ladung die alleinige Generalvertretung der United States Mail Co. für Zentraleuropa. In dem Vertrage war dem Norddeutschen Lloyd weiterhin das Recht zugesichert, seine eigenen Schiffe oder gemietete Passagierdampfer früher deutscher Herkunft auf den obenerwähnten Linien bis zu einem Gesamtschiffsraum von 200 000 To. jederzeit in den Dienst einzustellen. Gegen dieses Abkommen sowie überhaupt gegen die Betätigung des amerikanischen Shipping Board bei der Gründung neuer Schiffahrtslinien hat sich seinerzeit eine lebhafte Opposition in den Kreisen der rein privaten amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften erhoben, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich diese Opposition von neuem geltend machen wird, nachdem jetzt die United States Mail Co. in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Trotzdem ist zu hoffen, dass die mit einer kapitalkräftigen Gruppe geführten Reorganisationsverhandlungen dazu führen werden, den Bestand der Gesellschaft und den von ihr eingerichteten Dienst nach Deutschland dauernd sicherzustellen.

---

* **Wagenmangel in der Kaliindustrie.** Von interessierter Seite wird uns über die Wagengestellung in der Kaliindustrie geschrieben: Die Waggongestellung ist seit Wochen so schlecht, dass die Werke die Aufträge zum grossen Teil nicht ausführen und infolgedessen auch die Feierschichten der Arbeiter nicht aufheben können. Es muss ernstlich befürchtet werden, dass durch diese mangelhafte Wagengestellung zahlreiche Aecker, besonders im Osten, wo die Einsaat schon im August beginnt, nicht rechtzeitig gedüngt werden können. Es ist zu befürchten, dass die Wagengestellung im September und Oktober noch schlechter sein wird, wenn sich heute schon derartige Missstände zeigen.

Weitere Handelsnachrichten auf der 4. Seite.

Das Konkurswarenlager

der

Baumwollwarenfirma Sey & Hamm

Filiale Berlin, Kaiser-Wilhelm-Strasse 3, I. Etage

kommt ab

Donnerstag, den 18. August 1921, von 9 Uhr vormittag bis 3 Uhr nachmittag

zum Verkauf.

Bedingungen rein netto sofortige Kasse.

Werkzeugmasch.
21 Drehbänke,
23 Revolverbänke,
13 Gew.-Fräsmasch.,
1 Fräsmasch. vert.,
1 Horizontalplanfräsmaschine,
6 Gisholdt-Schleifmaschinen,
2 Fräserschleifm.,
1 Trennsäge,
2 Lochstanzen,
2 Exzenterpressen,
1 Friktionspresse, Spindelst. 65 mm,
3 Abstechb. 180 Ø,
1 Hinterdrehbank,
1 Lamellenpresse,
1 Oelschleuder,
3 Klempnerlötöfen (neu),
4 elektr. Punkt- u. Rollenschweißm.
Sämtl. Maschinen gebraucht, zum Teil sehr gut erhalten, verkauft billigst
Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H., Nk., Bergstr. 102/106.

Transmissionen. Holz- und Eisenriemenscheiben in all. Größen, Hängelager mit Ringschmierung in verschiedenen Dimensionen, Kupplungen, außerdem Wellen, 75, 90 mm Ø usw. verkauft einzeln od. in größeren Posten sehr preiswert **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Werkzeuge für Schlossereien u. Maschinenfabriken, Gewindebohr., Reibahlen, Schneideisen, Kluppen, Zangen, Hammer, Feilen, Mutterschlüssel, Schraubenzieher, Oelkannen u. viele and. Hilfswerkzeuge gibt billig, weit unter Tagespr. ab **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Schnelldrehstahl, Boehler, Becker, Irridium, Lindenberg, Krefelder rc., in vielen Dimensionen, vierkant und rund, gibt in groß. und klein. Mengen weit unter Tagespreis ab **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Werkzeugstahl für alle Zwecke, in fast allen Dimensionen, auch flach, im besond. Boehler (extra zähhart), verkauft billigst **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Schleifscheiben. Korundum und Karborundum, 500×50, sowie ähnl. Größen, ferner Schleifscheiben für Werkzeuge in allen Dimensionen verkauft weit unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Spiralbohrer, Werkzeugstahl in fast all. Abmessungen, verkauft weit unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Bleche. doppelt dekapiert, einmal dekapiert u. S.-M.-Bleche in verschiedensten Dimensionen, verkauft enorm billig unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Feilen in sämtlichen Sorten, wie flach, rund, dreikant und vierkant, verkauft weit unter Tagespr. **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Mess. u. Kupfer, Messingblech, halbhartblank, 0,65, 0,70, 0,75 mm, Stangenmessing, rund und sechskant, Kupfer, vierkant und flach, Kupferrohr, 10×1, Messingrohr 12×1 mm usw., verkauft erheblich unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Fabrikgebrauchsgegenstände, hölz. Feilenbänke, Werkzeugspinden u. dergl. mehr stehen billig zum Verkauf. **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Installationsmaterial, wie Drähte, Rohr, Sicherungen, Fassungen, Schalter, Blechschirme sowie Glühbirnen und sonstige Artikel verkauft billigst weit unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln, G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Kugellager, Druckringsystem, Nr. 1210, 1214, 1216, 1217, 1218, 1220, 2630, 2618, P. 12, in größeren Mengen, billigst, weit unter Tagespreis, zu verkaufen. **Maschinenfabrik Neukölln G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Stahlrohr, nahtlos, blankgez., in allen Dimensionen, verkauft weit unter Tagespreis **Maschinenfabrik Neukölln G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Drehstrommotoren mit Anlaßschleifringen, Riemenscheiben u. Spannschienen ausgerüstet, 33, 50, 60 und 75 PS., 220 Volt, mit Kupferwicklung, verkauft billigst weit unter Tagesp. **Maschinenfabrik Neukölln G.m.b.H.,** Nk., Bergstr. 102/106.

Benzol-Motore, 4 Zyl., 12 PS. ca. 100 Stck. **Rams & Co., Charl. 4.** Fernspr. Steinpl. 12373. *

Ca. 12 t verzinkte Eisenbleche, 1 mm stark, ca. 300×450, äußerst bill. zu verkaufen. Off. unt. **J. J. 3136** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Größerer Posten Drillichanzüge preiswert abzugeben. **Hermann Gerber,** Kurfürstendamm 224.

Drehbänke von 155 bis 250 Spitzenhöhe, Chaping-Fräsmasch., Mechanikerbank, Feldschmiede, Amboß, Transmission, Motor, verkauft **Maschinenwerkstatt.** Frkf. Allee 293, Kgst. 8302.

Schweilkissen-
Drellanzüge, roh, lochfrei, billig. Zentr. 11165 **E. Mertins,** Klosterstr. 43.

1000 Pulverkisten 50 × 40 × 31 abzugeben. Lagerplatz Berlin N., Tieckstraße 19. **Tz. Jednicek.**

Metalldrückerei f. Auftr. Massenart. ZebeSohn, Elisabethuf. 5/6a

Nationalkassen! Großes Lager, billigste Preise. 2 jähr. schriftl. Garantie, sofortige Lieferung, auf Wunsch Teilzahlung. **Registrier-Kass.-Ges. Reinsch u. Co.,** Berlin, Friedrichstraße 62 (Ecke Kronenstr.) Fernspr.: Zentrum 11734.*

„Litauische Gänse", lebend waggonweise, per 1100 Stück, laufend ab Eydtkuhnen. **Hadeln, Jägerstr. 4,** Zentrum 3214.

Säcke, neu und gebraucht, aus Papier-, Misch- od. Jutegewebe, kauft jed. Posten **Otto Karpowitz,** Sack- und Planfabrik, **Berlin-Lichtenberg,** Frankfurter Allee 268.

50 Stück **Säulenbohrmaschinen** v. 10 mm b. 70 mm bohrend, f. Fuß- u. Kraftbetrieb, sof. ab Lager neu u. gebraucht zu sehr bill. Preisen abzugeben. **Felix Kobis, Berlin S. 14,** Alte Jakobstraße 66. Moritzpl. 12072/3. *

Ia Blüten-Schleuder-**Honig** 9 Pfd. nett. fr. Haus M. 104.50 **Biegof, Tessin i. M.**

Stroh- u. Heupressendraht, in langen Adern, doppelt geglüht, preiswert zu verkaufen. **H. A. Maackert, Güstrow i. M.** Tel. 21 u. 271.

Zündsteine, Patent Auer, Fabrikat Kunheim, offer. zu Syndikatspreisen **Moritz Cohn jr., Berlin SW. 68.**

Feldgrau-Militärtuch sofort ab Fabrik lieferbar, abzugeben. **Gebr. Bach, C. 19,** Alte Leipzigerstr. 2.

Mehrere Stahlflasch. f. kompr. Gase, 150 Atm., abzugeben. Offerten unt. **U. M. 4880, Rudolf Mosse, Halle a. S.**

Größeren Posten Kreuzhacken, Spitzhacken, Lettenhauen, Trennsägen, groß, hat sehr preiswert abzugeben **Niwige, Liegnitz.**

Ab Lager Berlin abzugeben:
14 t Messerstahl 19×4,8×1485 lg.,
20 t Federstahl 75×10,
25 t Radfelgeneisen E 198/D E H 3555,
20 t Heurechenstahl 10 Ø,
40 t Rundeisen 18 Ø,
30 t " 19 Ø,
20 t " 40 Ø,
40 t S M Stahl 30 Ø,
45 t Winkeleisen 40×30×8,
30 t " 50×40×8.
Zwischenverkauf vorbehalten. Angebote erbet. an **Stahl- und Eisenhandelsgesellschaft m. b. H.,** Bremen, Industriehaus.

Elektromotoren bill. **Eduard Martin,** Belle-All.-Str. 83. Kf. 9946. Aelt. Spez.-Gesch. d. Br. *

Täglicher Versand allerfeinste schleswig-holstein. **Molk.-Tafelbutter** zu den billigsten Tagespreisen in 5- u. 9-Pfund-Packungen unter Nachnahme exkl. Porto und Verpackung. **Heinr. Vorrath,** Butterversandgeschäft, **Lübeck,** Adlerstr. 43. *

Verz. Eimer, Waschbrett., Kohlenkästen, Zinkblecheimer in Ladungen liefert billig. Selbstbesitzer mit Muster in Berlin. Off. u. **Mal. U. 606** an **Rud. Mosse, Halensee.**

Getreide · Mehl · Futtermittel · Saaten · Kartoffeln · Rauhfutter · Kaffee · Gewürze · Tee · Schmalz · Kakao · Butter usw. · Hülsenfrüchte · Obst · Gemüse · Düngemittel · Reis · getr. Früchte

Marktbericht Hansablum

Herausgeber: **Hans A. Blum, Hamburg 8.**
Fernsprecher: Merkur 5600 und Vulkan 8587. Telegr.-Adr.: Hansablum.
13. Jahrgang. Jeden zweiten Wochentag erscheinende Zeitschrift für

Landesprodukte u. Lebensmittel

Alleiniges Organ des Bundes Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futter- und Düngemittelhändler, also der an Einzelfirmen grössten Organisation der Branche in Deutschland.

Wöchentlich über 1000 Anzeigen!

Interessante Marktberichte u. Leitartikel. Vorzügliches Insertionsorgan.

Abonnement jährlich M. 72.—. (Für kürzere Zeit als 12 Monate nimmt der Verlag direkt Abonnements nicht entgegen.) **Probenummern** nur an Landesprodukten- u. Lebensmittelgrosshändler, Mühlenbesitzer, landw. Genossenschaften und Konsumvereine **kostenlos.**

Aus dem hies. z. Auflös. kommenden Kriegsgef.- bezw. Interniertenlager biete ich freibl. z. sof. Lief. an:

1 fahrbare Lokomobile, Fabr. Brown & May. von 1898, Lokomotivkessel, Heizfläche 35,731 qm bezw. 39,085 qm, Rostfl. 1,16 qm, 6 Atm.

1 fahrbare Lokomobile, Fabr. Flöther-Gassen. von 1901 Lokomotivkessel. Heizfläche 21 qm bezw. 23,16 qm, Rostfl. 0,84 qm, 7 Atm.

zu äußerst billigen Preisen.

Die Lokomobilen wurden zum Betriebe der elektr. Kraft- und Lichtanlage benutzt. Besichtigung bei vorheriger Anmeldung gestattet.

Paul Seler, Crossen (Oder). Fernspr. Nr. 27.

Gelegenheitsverkäufe! Unterm Tagespreis! Aus gr. Lagerbeständen verkauft billig: **Drahtstifte, Fassonnägel, Schraub., Nieten all. Art, Profileisen, Moniereisen, Träger, Bleche, Bandeisen, Drähte, Hufnägel, Hufstollen, Schaufeln, Spaten, Hacken, Werkzeuge, Hämmer, Zangen, Feilen, Aexte, Seile, Eisenbahnmaterial** u. viele andere **Eisenwaren. Werning, Bln., Friedrichstr. 248.** Lütz. 8504* Kurf. 1091.

50000 Nußbaumhölzer für gewerbliche Zwecke sofort **abzugeben.** Möbel-Engroshaus **Karl Gutmann, Dresden-A.,** Münchnerstr. 3. Telegr.-Adr. Reformgut. Tel. 27641.

Eine 100/130 PS. Heissdampf-Lokomobile, 1906 gebaut, Planrostinnenfeuerung, Wellrohr, 12 Atm., Preis 140 Mille, verkauft **Alfred Barth, Berlin NO. 18,** Alex. 1217. Cotheniusstr. 12, Alex. 1217.

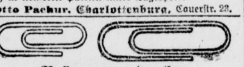
In handgeschmiedete steirische Sensen, lagernd teils deutscher Ausfuhrhafen, teils Innerdeutschland, in verschiedenen Posten **zu sehr günstigen Preisen** einschließlich Ausfuhrbewilligung **prompt abzugeben.** Gefl. Anfragen an **Orbis G. m. b. H., Wien I.,** Elisabethstr. 10.

Zündmetall „MERCK" in allen Grössen und Härtegraden.
Spezialsorte: **„hellgrau" für Export,** sehr leicht, besonders haltbar.
E. Merck, Darmstadt.
Berliner Fabrikniederlage: **Elektrochem. u. Metallwarengesellschaft m.b.H., Berlin W. 15,** Uhlandstr. 169/170.

Cordofan-Gummi lagernd in **Ahrweiler,** sofort lieferbar, in größeren Posten abzugeben. **Eduard Brogsitter, Ahrweiler.**

Große Posten wollene Socken, Pulswärmer, Schals u. Leibbind. biet. an **Beyer u. Claus, Crimmitschau/Sa.**

30000 neue Schwarzblechbüchsen mit Eindrückdeckeln, 155 mm hoch, Ø 75 mm, verkauft auch in kleineren Partien unter Tagespreis **Otto Pachur, Charlottenburg,** Cauerstr. 23.



Büronadeln
blank poliert { 1000 große . . . . 10.—
{ 1000 kleine 8,50
Hochglanz vernickelt Mk. 2.— mehr. Probepostpaket, 7000 Stück, mit 5 %.
Firma Paul Henß, Weimar, Kaufstr. 2.

Stoffe größere Posten für Herren- und Damenkonfektion **abzugeben. Max Presch & Co., Köpenicker Str. 71.**

Ca. 100 to Flacheisen 26-80×6-30 mm
" 50 " Rundeisen 8-40 mm Ø
" 50 " Quadrateisen 8-40 mm Ø
" 100 „T-Träger u. U-Eisen NP 10-30
" 75 " Drahtstifte 1-6"
" 100 " Schwarzbleche 0,5-5 mm st.
je ca. 15 to feuerverzinkte und verbleite Bleche 2×1 m × 0,5 mm stark
einmal und doppelt def. Bleche sowie Zinkbleche
prompt ab Lager **Sontra** (Bez. Kassel) und kurzfristig ab Werk unter günstigen Preisen lieferbar.
Anfragen mit genauer Spezifikation erbittet: **K. Löbenstein, Berlin SW. 11.** Königgrätzer Straße 108. Telegr.-Adr.: Punjab. Telephon: Kurfürst 9214, 8961, 6996.

Werkzeugmaschinen, gebraucht und neu,
Schnelldrehbänke m. Leit- u. Zugspindel
420×4500 mit Wechselräderschaltkasten
300×3000 ohne "
285×1500 mit "
230×1000 " "
190×900
170×700
140×400
Kopfbank 360×1000 m. Leitspindel.
Mechaniker-Zangendrehbänke, sehr kräftige Bauart, auch als **Drückbänke,** 155×450. **Schnellbohrmaschinen** für 10–15–20–25–40 mm Löcher sehr preiswert abzugeben.
Hammerschmidt & Heilbronn. Berlin C. 19, Kurstraße 32. Zentrum 2915.

Gelegenheitskauf. Ø S. M. Stahl, blk. gez., 50—60 kg Festigkeit, in Fabrikationslg., leicht angerostet, je 20 Tonnen nachstehender Dimensionen zum Preis v. M. 2,20 franko jeder deutschen Station bei Mindestabnahme v. 10 Tonnen zu verkaufen. Vorhandene Stärken: 9, 10, 18, 19, 22, 30, 32, 35, 40, 45, 60 mm. **Emil T. Goßmann,** Eisen- u. Metallgroßhdlg., **Nürnberg,** obere Mentergasse 11. *

Bonbons unter Herstellerpreis gibt **Zuckerwarenfabrik T. Wald,** Prinzenallee 25/26.

Luxusschuhfabrik sucht für ihre erstklassigen Erzeugnisse in gewendeten und durchgenähten Damenhalbschuhen geeign. Abnehmer.
Gefl. Offerten an **Georg Ring,** Annenstr. 14

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Schreibmasch. f. Büro u. Reise sucht **Zimmer,** Kantst. 139, Steinpl. 7703.*

Papier-Leinen in größeren Mengen **zu kaufen gesucht.** Bemusterte Offerten mit **äußerster** Preisang. u. **Ch. K. 109** an **Rudolf Mosse, Charlottenburg,** Kantstr. 34.

Eisendrähte, 1—5 mm, in lang. Adern, rostfreie Ware, geglüht oder blank, auch Walzdraht zu kaufen gesucht. Angeb. u. **R. S. 1061** an **Rudolf Mosse,** Potsdamer Straße 33.

Weißblech-Einsätze sowie jede Sorte Weißblech-Emballagen, alt od. neu, kauft Selbstverbr. **Franz Jednicek,** Berlin NW., Hannoverschestr. 17.

Trikot-Seide in allen Farben zu kaufen gesucht. **Braun,** Grünstraße 25.

Feldgraue Stoffe Kamelhaarstoffe Unterwäsche Zutaten sucht Herbert Rehfeld, Aschaffenburger Str. 12. 3–7.

China-Krepp kaufen gegen sofortige Kasse **Gebr. Krakowiak, Werderstr. 3/4.**

Einreihige Kugellager mit verlängertem Innenring, 25—50 mm Bohrung, zu kaufen gesucht. Offert. u. **J. N. 7667** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Säcke, neu und gebraucht, aus Papier-, Misch- od. Jutegewebe, kauft jed. Posten **Otto Karpowitz,** Sack- und Planfabrik, **Berlin-Lichtenberg,** Frankfurter Allee 268.*

Elektromotoren jeder Stromart u. Größe kauft **Heinrich Kessel, Kaiser-Allee 202.** *

Klavier kauft sofort **Augenblick.** Ballasst. 8. Krf. 5139 Gewbl *

Klavier od. Flügel sucht dring. gewbl. **Herer,** Ballasstr. 9. Kurf. 9104. *

100 Stangen Rundeisen, 8,00–8,50 m lang, 48 Ø, zu kaufen gesucht. **Eilangebote. May,** Bln.-Friedenau, Hertelstr. 4.

Kaufe Partieposten Anzugstoffe Futterstoffe, Nähgarn. **Welden, Rückerstr. 1. Nord. 7425.**

Einrichtung für chemisch-pharmaz. Fabrik gesucht. Zuschriften unter **J. E. 3108** an **Rudolf Mosse. Berlin SW. 19.**

Goldfisch-Perlmutter, **1 mm stark,** in Platten kauft laufend **Julius Homberg,** **Intarsien- und Klavierstuhlfabrik, Zeitz, Prov. Sachsen.**

Exzenterpresse, mindestens 60 Hub, gebraucht, aber gut erhalten, zu kaufen gesucht. **Gebr. Rosenthal,** Splittgerbergasse 1–2, a. d. Untergrundb. Inselbrücke.

Wir kaufen
70 000 m Aluminiumdraht 25,
50 000 m " 35.
Howema G. m. b. H., C. 2, Brüderstraße 1. Zentrum 6289.

Feldstecher, Prismen, Goerz, Zeiß, Busch, auch aus zweiter Hand, in großen Posten gegen Kasse zu kaufen gesucht. Angebote unter **J. R. 3140** an **Rudolf Mosse, Pankow,** Bornholmerstraße 1.

ALTEISEN ALTMETALLE ABBRÜCHE
M. HOLZ,
Berlin, Potsdamerstr. 109. Tel. Kurf. 9375.

Schreibmaschinen kauft Kurfürst 1351. *

Bleche, Bandeisen, Streifen u. Rondelle kauft **W. Bonow,** Gerichtstraße 52.

Versandgeschäft sucht geeign. Artikel u. Waren nur von Selbsterzeuger. **Rieckhoff, Berlin-Friedenau,** Schließfach 25.

Wir suchen sofort eine gebrauchte, jedoch gut erhaltene **Spezialfräsmasch.** zur Herstellung von Spiralbohr. m. entsprechend. automatischen Teilkopf. **Otto Roth Aktiengesellschaft.** Maschinen- u. Apparatefabrik, **Berlin-Tempelhof,** Ringbahnstraße 4.

Segeltuch, imprägniert, auch feldgrau, zu kaufen gesucht. **Georg Jacobowitz,** Spandauer Str. 31.

Säcke, gebrauchte, allerhand, auch aus Papiergewebe, kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreis. **Preminger,** Veteranenstraße 22.

Posten prima **farbiger Nessel,** 75 cm br., für Schuhfutter, Taschen, Mützen usw. billig abzugeben. **Rapaport,** Prenzlauer Str. 45.

Piano od. Flügel kaufe von Privat geg. Barzahlung. Off. mit Firma u. Preisangabe des Instruments erbitte unter **Ch. P. 3795** an **Rudolf Mosse,** Charlottenburg, Scharrenstr. 39.

Fabrikant., leistgsfhg., v. Stauböl, Saalspritzwachs, Bohnerwachs w. f. Großverk. äuß. schr. Off. an **H. Buschke,** Greifswalderstraße 12, II, senden.

Schlafzimmer, Federbetten sucht **Stern,** Zehdenicker Straße 7. Norden 2607.

Piano kauft **Grosskopf. W. 50,** Nürnberger Straße 20. Stpl. 12094 (gewerbl.) (Preis-, Fabrikatangabe)

Kaufe getr. Herrengard., Unif., Wäsche, Schuhe. **Feldmann** Grenadierst. 12. Nord. 9084 *

Telefonapparate, gebraucht, für Reihenschaltung und Zentralbatterie zu kaufen gesucht. Angebote u. **H. C. 2667** an **Ala. Haasenstein & Vogler, Hamburg.**

Schreibmaschinen für Büro u. Reise sucht **Stephan 7955.** *

Einkauf — Verkauf nur größ. Posten Strohhutzwirn, Leinenzwirn, Nähgarn. **Gewürz,** Alte Schönhauser Str. 23/24.

Aufruf an ganz Berlin ● **Zahl. allerhöchst. Preise für getragene Herrenkleider. Fränkel,** Linienstr. 42. **Telef. Nord. 11750.** Komme bestimmt überall *

Klavier oder Stutzflügel, Perserbrücken kauft **Brucker,** Gödenit. 18. Krf. 9282 gewbl.

Nationalkasse sof. z. kauf. ges. Pr. und Nummernang. a. **Paul Manthey, Bl.-Stegl., Kissingerstr. 7.** Fernspr.: Steglitz 8110. *

Militär-Hufeisen mit zwei Stollenlöchern, Nr. 1, 2, 3, 4, in Ladungen **zu kaufen gesucht.** Nur äußerst bemusterte Angebote an **J. L. Frank Sohn, Tilsit,** Eisenwarengroßhandlung.